

4. Mitgliedsorganisationen des FORUM MENSCHENRECHTE

Im Folgenden stellen sich die Mitgliedsorganisationen des Forums (in alphabetischer Reihenfolge) kurz selbst dar.

ACAT – Deutschland e.V.

Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter

Postfach 1114
59331 Lüdinghausen
Tel.: 02591 7533
Fax: 02591 70527
E-Mail: Acat.eV@t-online.de
Website: www.acat-deutschland.de

Website des internationalen Verbandes FIACAT: www.fiacat.org
Ansprechpartner: Wolfgang Bentrup

Die ACAT – Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter (Torture) – ist eine internationale christliche Menschenrechtsorganisation. In der ACAT engagieren sich Christ_innen der verschiedenen Konfessionen gemeinsam für die Abschaffung der Folter. Wichtige Bausteine ihres Engagements sind monatliche Briefaktionen und das Gebet. Darüber hinaus engagieren sich die ACAT-Mitglieder für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe und in der Flüchtlingspolitik und setzen sich für die Berücksichtigung der Menschenrechte in der Innen- und Außenpolitik ein. Die ACAT setzt sich gegen eine Aufweichung des absoluten Verbots der Folter ein.

Die ACAT wurde 1984 in Lüdinghausen gegründet. Die Geschäftsstelle arbeitet in internationalen Zusammenhängen. Arbeitssprachen sind Deutsch, Französisch, Englisch und Spanisch.

Die Finanzierung geschieht über Spenden und Mitgliedsbeiträge. Themen sind Fälle von individueller Verfolgung, Verhütung von Folter und anderen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen. Besonderer Schwerpunkt ist das Thema „Menschenwürde – auch hinter Gittern“.

Angesprochen werden sollen die allgemeine Öffentlichkeit und Christ_innen an der Basis und in Leitungsfunktionen. Wer mitarbeiten will, kann als Mitglied verschiedene Aufgaben übernehmen.

Die ACAT-Deutschland ist Mitglied der internationalen Vereinigung FIACAT, der inzwischen mehr als 30 nationale Vereinigungen in Europa, Afrika, Lateinamerika, USA, Kanada und den Philippinen angehören.

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. – Peace Brigades International deutscher Zweig e.V.

AGDF e.V.
 Endenicher Straße 41
 53115 Bonn
 Tel.: 0228 24999-0
 Fax: 0228 24999-20
 E-Mail: agdf@friedensdienst.de, annette.fingscheidt@pbi-deutschland.de
 Website: www.friedensdienst.de, www.pbi-deutschland.de

Die AGDF ist ein Zusammenschluss von zurzeit 32 Mitgliedsorganisationen, die Freiwilligendienste anbieten und in der Bildungs- und Friedensarbeit aktiv sind. Ein weiterer Schwerpunkt sind Projekte und Qualifizierungsangebote in ziviler Konfliktbearbeitung. Sie hat zum Ziel, v.a. jüngeren Menschen die Möglichkeit zu geben, sich für einen Dienst für den Frieden zu engagieren. Die Mitglieder der AGDF – unter ihnen Peace Brigades International (PBI), Aktion Sühnezeichen, EIRENE und landeskirchliche Stellen – sind gewaltfrei orientiert. Sie arbeiten im Rahmen der evangelischen Kirchen und über deren konfessionelle und geographische Grenzen hinaus in der weltweiten Ökumene. Die AGDF-Geschäftsstelle bietet selbst keine Programme an. Die AGDF ist u. a. Mitglied im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE), im Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee und in der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen.

PBI ist eine Menschenrechtsorganisation, die unbewaffnete Schutzbegleitung für bedrohte Menschenrechtsverteidiger_innen anbietet. Dafür werden Teams von freiwilligen Beobachter_innen in Krisengebiete entsendet. Schutzbegleitung und unterstützende

Advocacy-Maßnahmen haben zum Ziel, Handlungsspielraum für lokale Akteure zu schaffen, die sich für den Frieden und die Förderung der Menschenrechte einsetzen. PBI ist zur Zeit in Mexiko, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Kenia, Indonesien und Nepal tätig. Der Sitz des deutschen Zweiges der Organisation befindet sich in Hamburg.

Amnesty International

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Zinnowitzer Straße 8
10115 Berlin
Tel.: 030 420248-0
Fax: 030 420248-488
E-Mail: info@amnesty.de
Website: www.amnesty.de

Amnesty International setzt sich auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für eine Welt ein, in der die Rechte aller Menschen geachtet werden. Die Stärke der Organisation liegt im freiwilligen und finanziellen Engagement von weltweit mehr als drei Millionen Mitgliedern und Unterstützer_innen unterschiedlicher Nationalitäten, Kulturen und Altersgruppen. Amnesty erhielt 1977 den Friedensnobelpreis.

Amnesty engagiert sich seit über 50 Jahren erfolgreich

- für die Freilassung von Menschen, die allein deshalb inhaftiert sind, weil sie friedlich ihre Überzeugung vertreten oder die wegen ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung oder Religion verfolgt werden;
- für den Schutz der Rechte von Flüchtlingen;
- für den besonderen Schutz der Rechte von Frauen und Mädchen;
- für die Verhinderung von Folter, Todesstrafe und politischem Mord;
- für den Schutz und die Unterstützung von Menschenrechtler_innen;
- für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Täter_innen;
- für wirksame Kontrollen des Waffenhandels;
- für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte.

Neben den Mitarbeiter_innen des Internationalen Sekretariats in London und der einzelnen Sektionen und Außenstellen in über 60 Ländern fördern weltweit mehr als drei Millionen

Mitglieder die Arbeit von Amnesty – in Deutschland sind es mehr als 120.000. Sie unterstützen die Menschenrechtsarbeit finanziell oder sind in einer der 650 Gruppen in ganz Deutschland aktiv. Amnesty International finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Regierungsgelder lehnt Amnesty ab, um finanziell und politisch unabhängig zu bleiben.

Es gibt viele Möglichkeiten, die Arbeit von Amnesty zu unterstützen: www.amnesty.de

ATD – Vierte Welt in Deutschland e.V.

Sekretariat
Neudorf 9
17268 Gerswalde
Tel.: 039887 696690
Fax: 039887 6966917
E-Mail: sekretariat@atd-viertewelt.de
Website: www.atd-viertewelt.de; www.atd-quartmonde.org
Ansprechpartner_innen: Adelheid und Norbert Peter

Der Verein mit Sitz in Neudorf in der Uckermark ist Mitglied der Internationalen Bewegung ATD Vierte Welt. Diese konfessionell und parteipolitisch unabhängige Familien- und Menschenrechtsbewegung befasst sich weltweit mit der Erforschung und Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung. „ATD = All Together for Dignity“ drückt den Grundgedanken dieser Bewegung aus: Armut und soziale Ausgrenzung stellen eine Verletzung der Menschenrechte und einen Angriff auf die unantastbare Würde eines jeden Menschen dar.

Aktionsfelder von ATD Vierte Welt in Deutschland:

- Begleitung von Familien und Personen, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden;
- Vorbereitung und Durchführung des UNO-Welttages am 17. Oktober zur Überwindung von Armut und Ausgrenzung in Deutschland. Menschen dies- und jenseits des sozialen Grabens engagieren sich hier gemeinsam für eine neue Kultur der Begegnung – eine einzigartige Chance, Menschenrechte als Rechte für ALLE einzufordern, gegenseitige Vorbehalte abzubauen, Stärken der Ausgegrenzten und

Vergessenen aufzuzeigen und in der Öffentlichkeit Denkanstöße für ein friedliches Zusammenleben zu geben;

- Mitwirkung an der internationalen Forschungsarbeit von ATD Vierte Welt zum Themenkreis Familienarmut/Geschichte von sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung/Zusammenhänge zwischen Armut und Gesundheit sowie Armut und Gewalt;
- Öffentlichkeitsarbeit;
- Vertretung der Internationalen Bewegung ATD Vierte Welt in Zusammenarbeit mit in Deutschland ansässigen anderen Gruppen, örtlichen, nationalen und internationalen Verantwortungsträger_innen sowie staatlichen und Nichtregierungsorganisationen.

Bahá'í-Gemeinde in Deutschland K.d.ö.R.

Vertretungsorgan: Der Nationale Geistige Rat der Bahá'í in Deutschland

Büro für Außenbeziehungen

Chausseestr. 103

10115 Berlin

Tel.: 030 28877183

Fax: 030 69088261

E-Mail: oea@bahai.de

Webseite: www.bahai.de

Blog: iran.bahai.de

Twitter: [@BahaiDE](https://twitter.com/BahaiDE)

Ansprechpartner_innen:

Prof. Dr. Ingo Hofmann, Beauftragter für auswärtige Angelegenheiten;

Alexander Blom, Referent für Menschenrechtsfragen;

Alina Braml, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Das Büro für Außenbeziehungen des Nationalen Geistigen Rates der Bahá'í in Deutschland, der einmal jährlich zu wählenden höchsten Körperschaft der Bahá'í-Gemeinde in Deutschland, pflegt die Kontakte zur Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag, politischen Stiftungen sowie zu anderen Nichtregierungsorganisationen. Das Büro beobachtet alle menschenrechtsrelevanten Themen, arbeitet aber in erster Linie zu Menschenrechtsverletzungen aufgrund von religiöser Intoleranz und zu Menschenrechtsbildung. Der Nationale Geistige Rat der Bahá'í in Deutschland ist ebenfalls Mitveranstalter

des Deutschen Menschenrechts-Filmpreises. Die Finanzierung erfolgt allein über Spenden von Bahá'í.

Beispiele der Arbeit

Das Bahá'ítum hat zum Islam ein ähnliches Entstehungsverhältnis wie das Christentum zum Judentum. In seinem Entstehungsland Iran ist das Bahá'ítum aufgrund seines Selbstverständnisses wie seiner Glaubenslehre systematischen und staatlich angeordneten Verfolgungen ausgesetzt. Seit dem Beginn der islamischen Revolution 1979 wurden über 200 Bahá'í allein wegen ihres Glaubens hingerichtet. Tausende wurden inhaftiert und die Gemeinde verboten, ihr Eigentum konfisziert oder zerstört. Das Büro für Außenbeziehungen unterrichtet staatliche und nichtstaatliche Stellen regelmäßig über die aktuelle Situation der Bahá'í in Iran. Sie dokumentiert die Verfolgungen und stellt ihre Berichte der Öffentlichkeit zur Verfügung. Darüber hinaus arbeitet das Büro konzeptionell zum Recht auf Glaubens- und Religionsfreiheit, zum Recht auf Bildung und zur Menschenrechtsbildung.

Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.

Mozartstraße 9
52064 Aachen
Tel.: 0241 442-0
Fax: 0241 442-188
E-Mail: armin.paasch@misereor.de
Website: www.misereor.de
Ansprechpartner: Armin Paasch

MISEREOR ist das Hilfswerk der Katholischen Bischöfe für die Entwicklungszusammenarbeit. Menschenrechtsarbeit zieht sich seit der Gründung 1958 wie ein roter Faden durch die Arbeit von MISEREOR. Denn um ihre Grundbedürfnisse befriedigen zu können, müssen die Armen ihre Menschenrechte wahrnehmen können. Daher setzt sich MISEREOR in seiner Projektarbeit und auf politischer Ebene für den Aufbau und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte in den Ländern des Südens ein.

Die Geschäftsstelle arbeitet mit Partnerorganisationen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa zusammen; ebenso mit kirchlichen Institutionen, Nichtregierungsorganisationen, Eine-Welt- sowie Solidaritätsgruppen in Deutschland. Spenden von Einzelpersonen und Organisationen, Zuschüsse der katholischen Kirche sowie der Bundesregierung finanzieren

die Arbeit. MISEREOR setzt sich für die Verwirklichung der bürgerlichen und politischen wie der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ein. Fragen staatlicher wie privatwirtschaftlicher Verantwortung spielen für uns eine wichtige Rolle in unserer Menschenrechtsarbeit.

Beispiele der Arbeit

- Förderung von bürgerlichen und politischen sowie wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten in den Ländern des Südens im Rahmen der Projektunterstützung;
- Förderung von Menschenrechtsorganisationen im Süden sowie der Menschenrechtsarbeit einzelner Nichtregierungsorganisationen im Norden;
- Intervention zu Gunsten von Menschenrechtsverletzungen betroffener oder bedrohter Partner;
- Beiträge zur Menschenrechtserziehung im Kontext entwicklungspolitischer Bildungsarbeit;
- Lobby- und Advocacy-Arbeit im Norden zu den jeweiligen Schwerpunkten unserer Menschenrechtsarbeit;
- Kampagnen (z. B. zu Arbeitsbedingungen in der asiatischen Spielzeugindustrie; vgl. <http://www.fair-spielt.de/>).

Publikationen

Bücher, didaktische Materialien und AV-Medien zu verschiedenen Aspekten der Entwicklungsproblematik werden regelmäßig publiziert (kostenloser Katalog kann angefordert werden). Die Zeitschrift „Misereor aktuell“ erscheint viermal jährlich.

Neuere Veröffentlichungen

- Globales Wirtschaften und Menschenrechte – Deutschland auf dem Prüfstand (132 Seiten, Februar 2014);
- Human Rights Impact Assessment of the Tampakan Copper-Gold Project (91 Seiten, Juni 2013);
- Themenseite Menschenrechte unter: <http://www.misereor.de/themen/menschenrechte.html>.

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e.V. (BAfF)

Paulsenstraße 55–56

12163 Berlin

Tel.: 030 310 124 63

Fax: 030 324 8575

E-Mail: info@baff-zentren.org

Website: www.baff-zentren.org

Ansprechpartnerin: Elise Bittenbinder (Vorstandsvorsitzende)

Die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge und Folteropfer e.V. ist der Dachverband der Behandlungszentren für Überlebende von Menschenrechtsverletzungen und politischer Verfolgung. 1996 gegründet, setzt sich die BAfF derzeit aus über 26 Mitgliedern, bestehend aus psychosozialen Behandlungszentren, Initiativen und Einrichtungen für die medizinische, psychotherapeutische und psychosoziale Versorgung und Rehabilitation von Geflüchteten zusammen.

Ziele und Aktivitäten

- Förderung der Vernetzung und Kooperation, sowie des fachlichen Austauschs von Erfahrung, Wissen und Informationen der nationalen und internationalen Zentren;
- Europäische Vernetzung durch den Vorsitz des Europäischen Netzwerks (Network of European Treatment and Rehabilitation Centres for Victims of Torture and Human Rights Violations);
- Anregung und Durchführung wissenschaftlicher Forschung sowie Veröffentlichungen zu Fragen der Folgen von organisierter Gewalt, Analyse der gesundheitlichen Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen, Entwicklung von Methoden zur ganzheitlichen Behandlung;
- Öffentlichkeitsarbeit für die Überlebenden von Menschenrechtsverletzungen und deren Lebensbedingungen im Exil;
- Entwicklung von ethischen und professionellen Standards für eine angemessene Behandlung;
- Lobbyarbeit, Vertretung der gemeinsamen Anliegen der Zentren gegenüber der Öffentlichkeit und den Entscheidungsträger_innen in Politik und Verwaltung auf

regionaler Ebene, bundesweit und international;

- Zusammenarbeit mit allen öffentlichen Interessenvertreter_innen und Verantwortungsträger_innen im Sinne einer Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen und Opfern organisierter Gewalt;
- Organisation von Fachtagungen;
- Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen von Vorträgen, Fortbildungen, Beiträgen bei Konferenzen, Verfassen von Stellungnahmen sowohl für die Mitglieder als auch für externe (Fach-)Kräfte, u. a. Mitarbeiter_innen der Gesundheitsregelversorgung, von Sozial- und Ausländerbehörden, Ausbildungsinstituten, etc.

Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V. (BUMF)

Zwinglistraße 4a

10555 Berlin

Tel.: 030 398369-69

Fax: 030 398369-70

E-Mail: info@b-umf.de

Website: www.b-umf.de

Ansprechpartner_innen: Thomas Berthold, Niels Espenhorst,
Ulrike Schwarz, Franziska Schmidt, Johanna Karpenstein

Wir sind:

- am 3. Oktober 1998 in Hamburg gegründet worden;
- ein Verband für Fachkräfte, Institutionen, Vereine und Interessierte in der Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen;
- die Interessensvertretung für Fachkräfte und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge;
- Ansprechpartner im politischen Bereich bei Problemen junger Flüchtlinge;
- bundesweit tätig und Kooperationspartner von „Separated Children in Europe“.

Unsere Ziele sind:

- die Verbesserung der Rahmenbedingungen für alleinreisende minderjährige Flüchtlinge;
- die Umsetzung der VN-Kinderrechtskonvention in nationales Recht;
- die Förderung des fachlichen Austausches;

- die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Problematik junger Flüchtlinge durch Presse- und Aufklärungsarbeit;
- die fachliche Förderung der Arbeit mit jungen Flüchtlingen.

Wir bieten:

- fachliche Unterstützung von Einzelpersonen, Initiativen und Projekten;
- eine Plattform, die Forderungen zur rechtlichen und sozialen Verbesserung der Lebenssituation von jungen Flüchtlingen gegenüber Entscheidungsträger_innen in Politik und Verwaltung bündelt und kommuniziert;
- fachlichen Austausch;
- Fortbildungsveranstaltungen;
- Publikationen zu rechtlichen, pädagogischen und politischen Fragen;
- die Vermittlung von Ansprechpersonen sowie Expert_innen.

Mitglied des Bundesfachverbandes UMF mit Stimmrecht können alle natürlichen und juristischen Personen werden, die in der Betreuung von UMF haupt- oder ehrenamtlich tätig sind.

Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V. (BUG)

Greifswalder Str. 4
 Haus der Demokratie und Menschenrechte
 Vorderhaus, 2. Etage, Raum 201
 10405 Berlin
 Tel.: 030 688 366 18
 Fax: 030 311 603 73
 E-Mail: info@bug-ev.org
 Ansprechpartnerin: Vera Egenberger
 E-Mail: vera.egenberger@bug-ev.org

Das BUG wurde in 2009 von Vera Egenberger gegründet und hat sein Büro im Haus der Demokratie und Menschenrechte in Berlin.

Ziele des BUG: Zur Klärung, Stärkung und Erweiterung der deutschen Gleichbehandlungsgesetzgebung, der Schaffung von Präzedenzfällen sowie der Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse auf dem Gebiet des Diskriminierungsschutzes,

unterstützt das Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung strategische Klagen gegen Diskriminierung und nutzt die Ergebnisse dieser Klagen für Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Aktivitäten des BUG: Das BUG unterstützt Menschen, die Diskriminierung erlebt haben und die sich entschlossen haben, eine Klage im Rahmen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) einzureichen mit einer Beistandschaft. Dies wird bevorzugt bei Fällen getan, wo individuelle Fallkonstellationen es potenziell vermögen, die Situation von vielen Betroffenen zu bearbeiten (so genannte strategische Klagen). Das BUG führt fallbezogene Öffentlichkeitsarbeit durch, um die erzielten Rechte bekannt zu machen. Durch Positionspapiere und Stellungnahmen zu Politikentwicklungen und Plänen der Bundesregierung werden darüber hinaus die Erfahrungen und Ergebnisse der durchgeführten Klagen in die Politik eingebracht und rechts- und gesellschaftspolitische Entwicklungen im Antidiskriminierungsbereich beeinflusst. Das BUG arbeitet eng mit Verbänden zusammen, die die Interessen von Gruppen vertreten, die durch das AGG geschützt sind. Dies sind Menschen, die aufgrund ihrer ethnischen und religiösen Identität, ihres Geschlechtes, des Alters, einer Behinderung oder der sexuellen Orientierung diskriminiert werden.

Für das Jahr 2014 liegen die thematischen Schwerpunkte im Bereich:

- Ethnische Diskriminierung beim Zugang zu Freizeiteinrichtungen;
- Diskriminierung von Menschen mit Behinderung;
- Ausnahmeregelung für Tendenzbetriebe;
- „Racial Profiling“.

Deutsche Gesellschaft e.V.

Voßstraße 22
10117 Berlin
Tel.: 030 88 412 141
Fax: 030 88 412 223
E-Mail: dg@deutsche-gesellschaft-ev.de
Ansprechpartner: Jan Roessel

Mit über 500 Veranstaltungen jährlich gehört die Deutsche Gesellschaft e. V. zu den aktivsten überparteilichen Bildungseinrichtungen zu allen Fragen der Politik, Kultur und

Gesellschaft in Deutschland. Ihr Engagement wird inzwischen in mehr als 15 Staaten Europas geschätzt.

In Foren, Gesprächskreisen, Konferenzen, Ausstellungen, auf Studienreisen oder bei Austauschprogrammen bietet die Deutsche Gesellschaft e. V. interessierten Bürger_innen die Möglichkeit zum offenen Diskurs über aktuelle gesellschaftspolitische Themen.

Höhepunkt ist auch die jährliche Vergabe eines Preises für „Deutsche und europäische Verständigung“ (Atrium der Deutschen Bank). Preisträger_innen: u. a. Wolfgang Schäuble, Imre Kertesz (Nobelpreisträger), Egon Bahr, Angela Merkel, Hans-Dietrich Genscher, Martin Walser, Richard von Weizsäcker und Jean-Claude Juncker.

Neben der Zentrale im Mosse Palais in Berlin-Mitte sind auch regionale Bildungswerke für die Deutsche Gesellschaft e. V. tätig.

Zu den Gründungsmitgliedern des im Januar 1990 gegründeten ersten gesamtdeutschen Vereins zählen u.a. Willy Brandt, Lothar de Maizière, Bärbel Bohley, Heiner Müller, Armin Mueller-Stahl, Martin Walser und Johannes Rau.

Unter Vorsitz von Lothar de Maizière, Ministerpräsident a.D., sowie Franz Müntefering, Vizekanzler a.D., sind im Kuratorium u. a. vertreten: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (ehemals Vorsitzende der DG); Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident a.D.; Friede Springer, Verlegerin; Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister a. D.; Veronica Ferres, Schauspielerin; sowie zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur.

Die Deutsche Gesellschaft e. V. ist Nationalpreisträgerin 2008. Als Trägerin der Initiative zur Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin wurde ihr dieser Preis von der Deutschen Nationalstiftung verliehen.

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)

Zimmerstraße 26/27

10969 Berlin

Tel.: 030 259375-0

Fax: 030 259375-29

E-Mail: info@dgvn.de

Website: www.dgvn.de

Ansprechpartnerin: Dr. Beate Wagner

Die DGVN wurde 1952 gegründet. Seit über 60 Jahren leistet sie Informations- und Bildungsarbeit zu den Strukturen und Tätigkeiten der Vereinten Nationen. Dabei unterstützt sie die Werte und Ziele der Weltorganisation und setzt sich für eine pro-aktive deutsche VN-Politik ein. Sie will zugleich das Interesse und Verständnis für zentrale Themen der globalen Politik wecken. Dazu zählen die Friedenssicherung genauso wie Fragen der globalen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die Begrenzung und der Umgang mit den Folgen des Klimawandels und nicht zuletzt der Schutz der Menschenrechte. 1994 war die DGVN in der Nachbereitung der Wiener Weltmensenrechtskonferenz Gründungsmitglied des FORUM MENSCHENRECHTE.

Seit fast 20 Jahren gibt die DGVN die deutsche Ausgabe des „Berichts über die menschliche Entwicklung“ des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen heraus. Zudem wirbt sie für das Verständnis einer menschlichen Entwicklung, das auf den Menschenrechten basiert.

Die DGVN ist überparteilich und unabhängig; organisatorisch besteht sie aus einem Bundesverband, sechs Landesverbänden und einzelnen Regionalgruppen. Die Förderung der Menschenrechte als eine der Hauptarbeitsbereiche der Vereinten Nationen thematisiert die Gesellschaft durch Veranstaltungen wie Pressegespräche, Tagungen und Seminare oder durch Publikationen. Dabei stehen die entsprechenden Aktivitäten innerhalb des VN-Systems im Mittelpunkt, die bei der DGVN von Fachleuten aus dem VN-System, Wissenschaftler_innen, Diplomat_innen, Parlamentarier_innen und weiteren zivilgesellschaftlichen Gruppen diskutiert und der breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Publikationen (Auswahl)

- www.menschenrechte-durchsetzen.de
- Zeitschrift Vereinte Nationen
- DGVN-Texte, Nr. 55: Menschenrechtsverletzungen: Was kann ich dagegen tun? Klaus Hübner; Anne Sieberns; Norman Weiß, ISBN 978-3-923904-69-3
- UN-Basisinformationen 40: Menschenrechte und Vereinte Nationen,
- UN-Basisinformationen 43: Der Internationale Strafgerichtshof

Deutsche Kommission Justitia et Pax

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Tel.: 0228 103-217/348
Fax: 0228 103-318
E-Mail: D.Legutke@dbk.de
Website: www.justitia-et-pax.de
Ansprechpartner: Dr. Daniel Legutke

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax versteht sich als „Runder Tisch“ katholischer Einrichtungen und Organisationen, die in internationaler Ausrichtung mit Fragen von Entwicklungspolitik, Friedensarbeit und Menschenrechten befasst sind. Die Bearbeitung der menschenrechtlichen Themen ist deshalb in einem umfassenden Kontext verankert. Träger der Deutschen Kommission Justitia et Pax sind die katholische Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). Der Kommission gehören mehrere Bischöfe, Vertreter des ZdK, leitende Mitarbeiter_innen der Deutschen Bischofskonferenz, aus den Hilfswerken und Verbänden sowie schließlich Expert_innen für internationale Politik an. Justitia et Pax führt einen kontinuierlichen Dialog mit Parlament, Regierung, Parteien und gesellschaftlichen Kräften zu den bearbeiteten Schwerpunktthemen. Ebenso werden Konzepte zur Umsetzung der Anliegen in den eigenen kirchlichen Tätigkeitsfeldern entwickelt. Justitia et Pax existiert weltweit: Die deutsche Arbeit kann von den Tätigkeiten anderer Länderkommissionen profitieren oder mit diesen kooperieren.

Aufgabenschwerpunkte der Menschenrechtsarbeit

- Fortentwicklung der kirchlichen Instrumente und Konzepte für Menschenrechtsarbeit;
- Vernetzung der im Menschenrechtsbereich tätigen kirchlichen Akteure;
- Politikdialog zu menschenrechtlichen Einzelthemen und strukturellen Rahmenbedingungen menschenrechtsrelevanter Politikfelder;
- Interventionen bei Menschenrechtsverletzungen im Einzelfall.

Publikationen (kleine Auswahl)

- Erinnerung, Wahrheit, Gerechtigkeit. Empfehlungen zum Umgang mit belasteter Vergangenheit, 2004 (Heft 102);
- Süße Früchte – gut für alle? Ländliche Entwicklung durch Selbstorganisation,

Wertschöpfungsketten und soziale Standards. Eine Handreichung für den Dialog mit Agrarpolitik, Agrarwirtschaft und Agrarhandel, 2012 (Heft 126); Menschenwürde. Impulse zum Geltungsanspruch der Menschenrechte, 2013 (Heft 127).

Deutsche UNESCO-Kommission e.V.

Colmantstraße 15
53115 Bonn
Tel.: 0228 60497-0
Fax: 0228 60497-30
E-Mail: sekretariat@unesco.de
Website: www.unesco.de
Ansprechpartner: Dr. Lutz Möller

Die UNESCO ist die für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation zuständige VN-Organisation. Sie wurde 1945 gegründet; Anfang 2014 hatte sie 195 Mitgliedsstaaten. Sie stärkt durch internationale Zusammenarbeit in ihren Mandatsbereichen Frieden und Sicherheit. Die Achtung der Menschenrechte ist eines ihrer zentralen Anliegen. Vor allem setzt sich die UNESCO ein für das Recht auf Bildung und für kulturelle Rechte und tritt ein gegen Rassismus, Diskriminierung und Intoleranz. Die UNESCO fördert die Menschenrechtsbildung und die Forschung zu den Menschenrechten und hat einige Völkerrechtsinstrumente mit Menschenrechtsbezug verabschiedet. Die UNESCO verfügt über ein eigenes Beschwerdeverfahren bei Verletzungen von Menschenrechten ihres Mandatsbereichs.

Die Deutsche UNESCO-Kommission ist Koordinierungs-, Verbindungs- und Beratungsstelle in allen Arbeitsbereichen der UNESCO. Sie begleitet die Umsetzung der maßgeblichen Programme und Initiativen der UNESCO in Deutschland.

Beispiele für die Arbeit der Deutschen UNESCO-Kommission:

- Menschenrechtsbildung, z. B. durch Empfehlungen zu „Menschenrechte und frühkindliche Bildung“ und an UNESCO-Projektschulen (www.ups-schulen.de);
- Förderung von inklusiver Bildung, u. a. durch einen seit 2010 tagenden Expertenkreis, den seit 2011 verliehenen Jakob-Muth-Preis und einen nationalen Gipfel im März 2014 in Bonn;

- Menschenrechtliche Informationsarbeit, z. B. das Informationsportal www.claiminghumanrights.org über Individualbeschwerdeverfahren in englischer und französischer Sprache für den afrikanischen Kontinent; oder die Leitfaden-Reihe „How to File Complaints on Human Rights Violations“;
- Mitveranstalter des Menschenrechts-Filmpreises (www.menschenrechts-filmpreis.de)

Ausführliche Informationen: www.unesco.de/menschenrechte

Deutscher Frauenrat e.V.

Axel-Springer-Straße 54a
10117 Berlin
Tel.: 030 204569-0
Fax: 030 204569-44
E-Mail: kontakt@frauenrat.de
Website: www.frauenrat.de
Ansprechpartnerin: Dr. Anja Nordmann (Geschäftsführerin)

Der DEUTSCHE FRAUENRAT ist eine Bundesvereinigung von über 50 Frauenorganisationen mit rund elf Millionen Einzelmitgliedern. Als freiwilliger Zusammenschluss bundesweiter Frauengruppierungen vertritt er die Interessen der Frauen auf bundespolitischer, europäischer und internationaler Ebene. Unsere Mitglieder kommen aus den unterschiedlichsten Zusammenschlüssen – von konfessionellen und berufsorientierten Verbänden über Frauengruppen der politischen Parteien, den Gewerkschaften bis hin zu überkonfessionell und überparteilich arbeitenden Organisationen.

Frauenrechte sind Menschenrechte. Ein wesentliches Anliegen des DEUTSCHEN FRAUENRATES ist die Durchsetzung der Menschenrechte von Frauen: Vom Recht auf selbstbestimmte Wahl der Lebensform bis zum Recht auf Gewaltfreiheit – die Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen sind unzählbar. Der Frauenrat tritt nicht nur für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation von Frauen in ihren Heimatländern ein, sondern macht sich auch stark für Frauen in Migrationsprozessen, besonders für die Rechte von Asylbewerberinnen sowie für Opfer von Menschenhandel.

Auf Bundesebene setzt sich der DEUTSCHE FRAUENRAT insbesondere für das Menschenrecht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit von Frauen ein und sieht darin eine

der wesentlichen Voraussetzungen für Selbstbestimmtheit und für die Möglichkeit, sich aus Gewaltsituationen zu befreien.

Der DEUTSCHE FRAUENRAT gibt alle zwei Monate die Publikation „FrauenRat“ heraus. Inhalte und Positionen können auch nachgelesen werden unter: www.frauenrat.de.

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Bundesvorstand

Postfach 110372

10833 Berlin

Tel.: 030 24060-763

Fax: 030 24060-408

E-Mail: internationales@dgb.de

Website: www.dgb.de

Ansprechpartner_innen: Barbara Susec, Dr. Bianca Kühl, Frank Zach
(Abteilung für internationale und europäische Gewerkschaftspolitik)

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ist der Dachverband von acht Mitgliedsgewerkschaften. Er steht für eine solidarische Gesellschaft. Er ist die Stimme der Gewerkschaften gegenüber den politischen Entscheidungsträger_innen, Parteien und Verbänden in Bund, Ländern und Gemeinden. Er koordiniert die gewerkschaftlichen Aktivitäten.

Seit seiner Gründung 1949 ist er dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet. Er ist – wie seine Mitgliedsgewerkschaften – pluralistisch und unabhängig, aber keineswegs politisch neutral. Er bezieht Position im Interesse der Arbeitnehmer_innen.

Die Verwirklichung der Menschenrechte ist für Gewerkschaften eine Verpflichtung. In vielen Teilen der Welt sind Ausbeutung und Unterdrückung der Menschenrechte nach wie vor an der Tagesordnung. Die Freiheit, sich zu Gewerkschaften zu vereinigen, das Recht auf Tarifverhandlungen, das Verbot von Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politischer Überzeugung, Nationalität oder sozialer Herkunft sind für den DGB Menschenrechte, die es global zu verteidigen gilt.

Der DGB ist Mitglied im Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), in dem sich demokratische Gewerkschaftsbünde aus 161 Staaten zusammengeschlossen haben. Der

IGB repräsentiert 176 Millionen Gewerkschaftsmitglieder in 325 Organisationen, die gemeinsam für eine soziale Gestaltung der Globalisierung kämpfen.

Der DGB ist einer der Gründungsmitglieder des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Der EGB wurde 1973 gegründet, um die Interessen der Arbeitnehmer_innen auf europäischer Ebene zu vertreten. Er vereint 85 nationale Gewerkschaftsbünde in 36 Ländern sowie zehn europäische Branchengewerkschaftsverbände.

Der DGB vertritt bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) die Interessen der deutschen Beschäftigten und wirkt an der Gestaltung internationaler sozialer Standards mit. Durch universelle soziale Mindeststandards in der Arbeitswelt soll die ILO, als UN-Organisation, zur sozialen Ausrichtung der Globalisierung beitragen. Diese Sozialstandards sollen die wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte konkretisieren.

European Center for Constitutional and Human Rights e.V. (ECCHR)

Zossener Straße 55–58, Aufgang D
10961 Berlin
Tel.: 030 400485-90
Fax: 030 400485-92
E-Mail: info@ecchr.eu
Website: www.ecchr.eu
Ansprechpartner: Albert Koncsek

Das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) ist eine gemeinnützige und unabhängige Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Berlin. Sie wurde 2007 von einer kleinen Gruppe renommierter Menschenrechtsanwälte gegründet, um die Menschenrechte mit juristischen Mitteln zu schützen und durchzusetzen. Das ECCHR initiiert, führt und unterstützt beispielhafte juristische Verfahren als strategisches Mittel, um staatliche und nichtstaatliche Akteure für schwerwiegende Verletzungen von Menschenrechten zur Verantwortung zu ziehen. Dabei konzentriert sich das ECCHR auf ausgewählte Fälle, die sich als Präzedenzfälle zur Durchsetzung der Menschenrechte eignen. Darüber hinaus beteiligt sich das ECCHR am wissenschaftlichen Diskurs sowie an Netzwerken von Menschenrechtsanwält_innen und Menschenrechtsaktivist_innen, um im Kampf für Menschenrechte über Grenzen hinweg gemeinsam Strategien zu entwickeln.

Die Arbeit des ECCHR konzentriert sich zur Zeit auf folgende Bereiche: Völkerstraftaten und rechtliche Verantwortung; Wirtschaft und Menschenrechte; Gender und Menschenrechte; Education-Programme.

Das ECCHR ist beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg registriert und beim zuständigen Finanzamt für Körperschaften als gemeinnütziger Verein anerkannt.

Publikationen: Das ECCHR veröffentlicht jährlich einen Jahresbericht, regelmäßig Broschüren zu einzelnen Themen sowie mehrmals im Jahr einen Newsletter in Deutsch und Englisch. Siehe dazu: <http://www.ecchr.de/index.php/publikationen.html>

Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung

Referat Menschenrechte und Frieden
 Caroline-Michaelis-Str. 1
 10115 Berlin
 Tel.: 030 65211 1791
 Fax: 030 65211 3791
 Website: <http://info.brot-fuer-die-welt.de/politik/kontakte-menschenrechte>
 E-Mail: julia.duchrow@brot-fuer-die-welt.de
 Ansprechpartnerin: Dr. Julia Duchrow, Referatsleitung

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst bilden seit 2012 zusammen mit der Diakonie Deutschland das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung. Die Diakonie unterstützt in Deutschland Menschen, die in Notlagen sind, ihre Heimat verlassen oder in existenzielle Krisen geraten sind. Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst setzt sich weltweit für die Überwindung der Armut und mehr Gerechtigkeit ein und unterstützt Partner in über 100 Ländern. In Deutschland und Europa soll das Bewusstsein geschärft werden für den Zusammenhang zwischen unserem Lebensstil und Hunger und Armut im globalen Süden.

Das Referat Menschenrechte und Frieden ist Teil der Politikabteilung bei Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst. Grundlage der Menschenrechtsarbeit bildet die Überzeugung, dass Menschen ein Recht auf ein Leben in Würde haben. Der menschenrechtsbasierte Ansatz dient daher als Maßstab für die Entwicklungszusammenarbeit sowie in der Lobbyarbeit gegenüber der Politik.

Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen: Der Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen und ihrer Handlungsspielräume gehört zum Kernbereich der Arbeit des Referats. Im Falle der konkreten Bedrohung von Partner_innen wird das Referat mit verschiedenen Interventionen tätig wie z. B. Lobbybriefen, Urgent Actions und direkten Gesprächen mit politischen Verantwortungsträger_innen. Zudem besteht eine enge Zusammenarbeit mit Organisationen, die auf den Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen spezialisiert sind.

Menschenrechte und Wirtschaft: Menschenrechtsverletzungen stehen zunehmend im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Aktivitäten. Neben der Lobbyarbeit für eine verbindliche Unternehmensverantwortung auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt das Referat Partnerorganisationen in ihren Bemühungen, gegen Unternehmen vorzugehen, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind.

Menschenrechtsschutz von Migrant_innen: Das Referat setzt sich dafür ein, Menschen ein Bleiben in ihren Herkunftsregionen zu ermöglichen, aber auch den Menschenrechtsschutz für Migrant_innen in Transit- und Zielländern zu verbessern. Gemeinsam mit Partnerorganisationen analysiert das Referat, wie sich (EU-)Migrationspolitik auf Entwicklung auswirkt, und entwickelt Handlungsoptionen. Ein Schwerpunkt liegt zudem auf Migration, die durch Klimawandel induziert wird.

Menschenrechte und Frieden: Viele Konflikte, die die Menschen im globalen Süden betreffen, hängen auch mit unserer Politik und unserer Lebensweise zusammen. Die Herausforderung besteht darin, diese Konflikte gewaltfrei auszutragen und neue Beziehungen aufzubauen. Das Referat verknüpft den Einsatz für Menschenrechte mit der Förderung von Friedensarbeit und konstruktiver Konfliktbearbeitung. Integraler Bestandteil ist dabei die Friedenspolitische Lobbyarbeit.

Fachpublikationen zu Menschenrechten:

<http://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/fachpublikationen.html>

FIAN Deutschland e.V.
FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk

Briedeler Straße 13
50969 Köln
Tel.: 0221 70200-72
E-Mail: u.hausmann@fian.de
Website: www.fian.de
Facebook: fiandeutschland
Ansprechpartnerin: Ute Hausmann

FIAN ist seit 1986 die internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht, sich zu ernähren.

Wir sind davon überzeugt: Hunger ist kein Schicksal. Die meisten Menschen hungern dort, wo Nahrungsmittel angebaut werden, nämlich auf dem Land. Hunger lässt sich nur besiegen, wenn seine Ursachen offengelegt werden. Diese können sehr unterschiedlich sein: Kleinbäuerliche Familien werden durch Konzerne von ihrem Land verdrängt, oftmals ohne jede Entschädigung. Landarbeiter_innen verdienen zu wenig, um ihre Familien ernähren zu können. Agrarreformen werden durch die Macht einflussreicher Eliten hintertrieben. Weltweit werden Menschen durch soziale Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Diskriminierung daran gehindert, ihr Recht auf Nahrung wahrzunehmen – oder durch ungerechte Strukturen im nationalen und internationalen Handel.

FIAN engagiert sich für eine Welt, die frei von Hunger ist und in der jede Person Zugang zu den Ressourcen hat, die ihr ein Leben in Würde ermöglichen. Dafür bringt FIAN Verletzungen des Rechts auf Nahrung in die Öffentlichkeit und vor die Menschenrechtsgremien der Vereinten Nationen und wendet sich an die verantwortlichen Regierungen und Unternehmen. Dabei stehen die Betroffenen immer im Mittelpunkt unserer Aktivitäten.

Kurz gesagt handeln wir nach dem Dreischritt:

- die Verursacher des Hungers benennen,
- den Hungernden Gehör verschaffen,
- gemeinsam die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.

Heute sind bei FIAN in Deutschland mehr als 2.000 Menschen engagiert. Weltweit hat FIAN Mitglieder in über 50 Ländern auf allen Kontinenten.

Neben Dokumentationen, Broschüren und Factsheets informieren wir vier Mal im Jahr mit dem FOODFirst-Magazin über Hunger, Welternährung und das Recht auf Nahrung. Fachleute beleuchten in jeder Ausgabe ein Schwerpunktthema. Neuigkeiten aus der Organisation sowie Berichte der FIAN-Aktiven und der FIAN-Sektionen in anderen Ländern runden jede Nummer ab. Ebenfalls viermal jährlich versenden wir einen Newsletter.

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

in Bonn:

Godesberger Allee 149

53170 Bonn

Tel.: 0228 883-8000

Fax: 0228 883-9219

in Berlin:

Hiroshimastraße 28

10785 Berlin

Tel.: 030 26935-9000

Fax: 030 26935-9246

E-Mail: Frederike.Boll@fes.de

Website: www.fes.de

Ansprechpartnerin: Frederike Boll, Referentin für Entwicklungspolitik

in Genf:

E-Mail: Fkirchmeier@fes-geneva.org

Website: www.fes-geneva.org

Ansprechpartner_innen: Menschenrechtsteam der FES in Genf:

Hubert René Schillinger, Felix Kirchmeier und Noreen Eberle

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die älteste politische Stiftung Deutschlands. Die FES ist eine private und gemeinnützige Institution, die den Ideen der sozialen Demokratie verpflichtet ist: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Neben der Studienförderung und der politischen Bildung in Deutschland ist die internationale Zusammenarbeit ein wichtiges Standbein der Arbeit der FES.

Demokratie und Entwicklung weltweit fördern, zu Frieden und Sicherheit beitragen, die Globalisierung solidarisch gestalten und die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union unterstützen – dies sind grundlegende Leitlinien der internationalen Arbeit der FES. Über Projekte in mehr als 100 Ländern begleitet die Stiftung aktiv den Aufbau und die Konsolidierung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Strukturen zur Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, starker und freier Gewerkschaften sowie für das Eintreten für Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter. Aktuelle Schwerpunkte sind u.a. die Formulierung und Umsetzung einer neuen Entwicklungsagenda, Baustellen der globalen Ökonomie, Gute Arbeit weltweit, der sozial-ökologische Umbau von Wirtschaftssystemen und neue Herausforderungen für die Demokratieförderung.

Menschenrechte sind die Grundlage für die internationale Arbeit der FES. Neben der Arbeit in den Auslandsprojekten wird die Menschenrechtsarbeit seit 2014 verstärkt über das Stiftungsbüro in Genf koordiniert. Die FES legt dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte sowie auf den Menschenrechtsrat und seine Sonderverfahren. Themenschwerpunkte und Aufgaben sind dabei vor allem

- Durchsetzung und Weiterentwicklung internationaler Menschenrechtsstandards;
- Internationale Menschenrechtspolitik und rechtliche Rahmenbedingungen;
- Weiterbildung zivilgesellschaftlicher Akteure und Unterstützung in der Nutzung des VN-Menschenrechtsschutzsystems;
- Unternehmen und Menschenrechte;
- Entwicklung und Menschenrechte;
- Begleitung der Arbeit von Sonderberichterstatter_innen;
- Menschenrechtsdialoge;
- Beratung des parlamentarischen und gewerkschaftlichen Umfelds zu Menschenrechtsfragen.

Menschenrechtsfragen werden zudem in andere Arbeitslinien integriert und globale Themen wie der Klimawandel, die Ernährungskrise oder sicherheitspolitische Herausforderungen von ihrer menschenrechtlichen Seite beleuchtet. Seit 1994 verleiht die Stiftung jährlich einen Menschenrechtspreis.

Menschenrechtsarbeit: www.fes.de/GPol/inhalt/menschenrechte.htm

Menschenrechtspreis: www.fes.de/themen/menschenrechtspreis

FES-Büro Genf: www.fes-globalization.org/geneva

Publikationen: www.fes.de/gpol/inhalt/publikationen_mr2.php

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam
Tel.: 0331 7019-0
E-Mail: menschenrechte@freiheit.org
Website: www.freiheit.org
Ansprechpartner: Ruben Dieckhoff

Die Förderung und der Schutz der Menschenrechte sind ein Schwerpunkt in der In- und Auslandsarbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF). Sie will dem liberalen Prinzip „Freiheit in Menschenwürde“ in allen Bereichen von Gesellschaften Geltung verschaffen – in Deutschland wie auch zusammen mit ihren Partnern im Ausland. Liberale Politik zur Förderung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie will die Achtung der Rechte des Einzelnen, seiner Bürger- und Sozialrechte einschließlich des Rechts auf Privateigentum. Im Einklang mit diesen politischen Grundsätzen setzt sich die Friedrich-Naumann-Stiftung weltweit für die Verwirklichung ihrer Ziele durch politische Bildung, Politikdialog und Politikberatung ein.

Die Stiftung für die Freiheit engagiert sich auf drei Ebenen zur Stärkung der Menschenrechte und fördert den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Partnern:

- national
- regional
- international

Arbeitsgebiete (Beispiele)

In vielen Ländern unterstützt die FNF seit Jahren durch Training, Consulting und Interlinking – nebst finanziellen Ressourcen – Nichtregierungsorganisationen. Damit stärkt sie die Akteure sowie die Zivilgesellschaft insgesamt.

Im regionalen Kontext wird die Vernetzung und Schaffung von Synergien umso wichtiger: So fördert die FNF seit Anbeginn die Regional Working Group (RWG) für einen Menschenrechtsmechanismus in den ASEAN-Staaten. In Südasien konzentriert sich die FNF länderübergreifend auf Polizeireform und Informationsfreiheit. In Afrika fokussiert sie sich auf den Zugang zu Rechtssystemen, die Verbesserung der Rechtsberatung und den

Schutz der Rechte sexueller Minderheiten. In Lateinamerika sind Presse- und Meinungsfreiheit, das Recht auf Privateigentum sowie Straffreiheit und Korruption das Hauptaugenmerk. Europaweit widmet sich die Stiftung den Rechten von ethnischen Minderheiten und dem Schutz von politisch Verfolgten.

Wir verbinden unsere regionalen und nationalen Partner, fördern ihren Austausch – insbesondere im Süd-Süd-Dialog – und ihre globale Zusammenarbeit. Insbesondere widmet sich die Stiftung für die Freiheit ihren Schwerpunktthemen Konfliktprävention, Förderung der Rechte der Frauen, nationale Minderheiten sowie indigener Völker – hauptsächlich in Konfliktsituationen.

Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen e.V. (GMS)

Postfach 120609
01007 Dresden
Tel.: 0351 4951857/4591806
Fax: 0351 4951857/4592127
E-Mail: ernst.woit@web.de oder koeeby@web.de
Website: www.gms-dresden.de
Ansprechpartner: Prof. Dr. Ernst Woit, Dr. Eberhard König

Die GMS arbeitet auf regionaler und lokaler Ebene nur in der Region Sachsen. Mitgliedsbeiträge und Spenden gewährleisten die ausschließlich ehrenamtliche Arbeit ihrer Mitglieder.

Inhaltlich konzentriert sich die GMS auf Menschenrechtsprobleme aus dem Prozess der staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands und wendet sich dabei gegen die Kriminalisierung der DDR und der Diskriminierung eines großen Teils ihrer Bürger_innen. In der wissenschaftlichen und öffentlichkeitswirksamen Arbeit der GMS wird das Problem der „humanitären Interventionen“ zur Durchsetzung der Menschenrechte analysiert und vertreten, dass Menschenrechte prinzipiell mit nicht-militärischen Mitteln verwirklicht werden müssen, weil Kriege – insbesondere auch wegen ihrer unvermeidlich verheerenden Folgen für die Zivilbevölkerung – dafür absolut ungeeignet sind. Die GMS stellt sich an und auf die Seite der sozial Hilfebedürftigen, beleuchtet die deutschen Reaktionen auf kritische VN-Berichte zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und beanstandet die Verweigerung präziser Antworten der in Deutschland Herrschenden. Die GMS als Teil der Zivilgesellschaft sieht ihre Verantwortung darin, dass verbalen

Bekanntnissen von Politiker_innen zu sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechten adäquate Veränderungen im eigenen Land folgen und die Einhaltung dieser elementaren Menschenrechte in der BRD staatlich kontrolliert sowie in den Rang von einklagbarem Recht erhoben wird.

Die allgemeine und lokale Öffentlichkeit, Politiker_innen sowie Entscheidungsträger_innen (Lobbying) sind die Zielgruppen der Arbeit. Mitarbeit ist möglich bei der Verbreitung von Kenntnissen über Menschenrechtsstandards, der Analyse und Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen sowie der Sicherung von Lebenshilfe für von Menschenrechtsverletzungen Betroffene.

Germanwatch e.V.

Büro Berlin
 Stresemannstr. 72
 10963 Berlin
 Tel.: 030 28 88 356-0
 Fax: 030 28 88 356-1

 Ansprechpartnerin: Cornelia Heydenreich

 Büro Bonn
 Dr. Werner-Schuster-Haus
 Kaiserstr. 201
 53113 Bonn
 Tel.: 0228 60492-0
 Fax: 0228 60492-19
 E-Mail: info@germanwatch.org
 Website: www.germanwatch.org

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des globalen Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im globalen Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung. Die Menschenrechte und die Grenzen des Planeten sind die zwei grundlegenden Leitplanken unserer Arbeit.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima, Entwicklung und Ernährung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Der Germanwatch-Arbeitsbereich Unternehmensverantwortung steht unter dem Themenschwerpunkt „Wirtschaft und Menschenrechte“. Dabei setzen wir uns einerseits dafür ein, dass die staatliche Rahmensetzung zu Unternehmensverantwortung gestärkt und wirksam umgesetzt wird. Gleichzeitig geht es darum, dass Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Achtungspflicht nachkommen. Und auch Betroffene sollen bei einer Verletzung ihrer Menschenrechte eine Möglichkeit für Abhilfe durch gerichtliche und außergerichtliche Verfahren erhalten.

Publikationen

- Zeitung WEITBLICK – Zeitung für eine global gerechte und zukunftsfähige Politik (vierteljährlich);
- diverse Positionspapiere, Dokumentationen, Bücher, Broschüren, Ausstellungen, Filmproduktionen zu den verschiedenen Themen unserer Arbeit;
- „Globales Wirtschaften und Menschenrechte – Deutschland auf dem Prüfstand“, 2014, gemeinsame Publikation von Germanwatch & MISEREOR, zweijährliche Erscheinungsweise geplant.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Postadresse: Postfach 2024, 37010 Göttingen
 Hausadresse: Geiststraße 7, 37073 Göttingen
 Tel.: 0551 49906-0
 Fax: 0551 58028
 E-Mail: info@gfbv.de
 Website: www.gfbv.de
 Ansprechpartnerin: Inse Geismar

Die Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten und

Ureinwohnergemeinschaften (indigene Völker). Sie hat Sektionen in Deutschland (mit Bundesbüro in Göttingen), der Schweiz, Österreich, Italien (Südtirol), Bosnien-Herzegowina und Kurdistan/Irak sowie Repräsentanten in den USA, Großbritannien und Luxemburg. Die GfbV-International mit Sitz in Deutschland hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen und mitwirkenden Status beim Europarat.

Die GfbV informiert über Menschenrechtsverletzungen an bedrohten Völkern in aller Welt und protestiert gegen Völkermord, Vertreibung und gegen die kulturelle Auslöschung von Minderheiten. Sie setzt sich dafür ein, dass Flüchtlinge nicht abgeschoben werden, wenn ihnen Gefahren drohen, und informiert Anwälte und Gerichte über die Menschenrechtssituation in den Herkunftsregionen. Die GfbV versteht sich als Sprachrohr der Opfer und gibt Minderheitenvertreter_innen ein Forum. Sie schlägt Wege zur Konfliktprävention vor, wendet sich an Abgeordnete, Regierungen und Parteien und informiert Journalist_innen über die Anliegen bedrohter Minderheiten. Wenn Deutschland Mitverantwortung für Menschenrechtsverletzungen trägt, macht die GfbV die Öffentlichkeit darauf aufmerksam.

Die GfbV gibt Memoranden, Menschenrechtsreporte, Faltsblätter und die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift „bedrohte Völker – pogrom“ heraus. Sie ist parteipolitisch unabhängig und finanziert sich aus Mitglieds- sowie Förderbeiträgen und Spenden.

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Schumannstraße 8

10117 Berlin

Tel.: 030 28534-305

Fax: 030 28534-5305

Website: www.boell.de

Ansprechpartnerin: Jana Mittag

Die Heinrich-Böll-Stiftung will Kristallisationspunkt sowohl für grundsätzliche als auch für aktuelle Debatten sein, die die Entwicklung von Zivilgesellschaft und Demokratie fördern. Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Die Heinrich-Böll-Stiftung will im Zusammenwirken von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft die Menschen-, Bürger- und Minderheitenrechte im In- und Ausland stärken bzw. bei der Durchsetzung dieser Rechte helfen. Der Schwerpunkt Menschenrechte wird dabei durch politische Bildungsarbeit im Inland und Projekte im

Ausland gesetzt. Thematische Zugänge sind u.a. die Förderung von Menschenrechten und Demokratie, das Empowerment von Frauen sowie die Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus.

Die Verwirklichung von Geschlechterdemokratie und die Auseinandersetzung mit Ursachen und Folgen von Migration sind die beiden Gemeinschaftsaufgaben der Stiftung.

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist 1997 aus dem Stiftungsverband Regenbogen hervorgegangen, dem Dachverband der drei Stiftungen Frauen-Anstiftung, Buntstift und der alten Heinrich-Böll-Stiftung. Die Heinrich-Böll-Stiftung publiziert Studien, Schriften und Bücher. Dreimal im Jahr erscheint die Zeitschrift „Böll.Thema“.

Humanistische Union (HU)

Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Tel.: 030 204502-56
Fax: 030 204502-57
E-Mail: info@humanistische-union.de
Website: www.humanistische-union.de
Kontaktperson: Sven Lüders

Die Humanistische Union (HU) ist eine bundesweit tätige Lobbyorganisation für den Schutz und die Durchsetzung der Menschen- und Bürgerrechte.

Sie setzt sich ein für die Begrenzung der Macht staatlicher Institutionen, das Recht auf Meinungsfreiheit, die Abschaffung der Geheimdienste, für Datenschutz und Akteneinsichtsrecht, Gleichstellung von Frauen, die Trennung von Staat und Kirche und für Minderheitenrechte. Anspruch der HU ist die freie Entfaltung und Selbstbestimmung der Menschen in sozialer Verantwortung.

Mit dem nach ihrem Mitbegründer benannten Fritz-Bauer-Preis ehrt die HU Menschen, die sich für Gerechtigkeit einsetzen. Die Arbeit der HU konzentriert sich auf die Beteiligung an parlamentarischen Beratungsverfahren, Unterstützung von Musterklagen zur Durchsetzung bürgerrechtlicher Belange und die Durchführung von Veranstaltungen. Gemeinsam mit anderen Bürgerrechtsorganisationen gibt die HU seit 1997 jährlich den „Grundrechte-

Report“ heraus (S. Fischer Verlag). Sie ist alleinige Herausgeberin der Vierteljahresschrift „vorgänge – Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik“.

Informationen zu aktuellen Projekten der HU sind online über die quartalsweise erscheinenden „Mitteilungen“ oder über die Website erhältlich. Die Humanistische Union finanziert sich über Mitgliedsbeiträge, Einzelspenden und Projektmittel.

Human Rights Watch

Deutschland-Büro

Neue Promenade 5

10178 Berlin

Tel.: 030 2593060

E-Mail: berlin@hrw.org

Website: www.hrw.org

Kontaktperson: Wenzel Michalski, Direktor Deutschland-Büro

Human Rights Watch ist eine internationale Nichtregierungsorganisation mit Hauptsitz in New York. Human Rights Watch ist unabhängig und finanziert sich ausschließlich durch Spenden einzelner Personen und privater Stiftungen. Das Deutschland-Büro mit Sitz in Berlin koordiniert die Arbeit der Organisation im deutschen Sprachraum.

Das Ziel von Human Rights Watch ist der Schutz der Menschenrechte weltweit. Dies wird insbesondere verwirklicht durch:

- Ermittlung, Untersuchung und Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen;
- Aufklärung der Öffentlichkeit;
- Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger_innen;
- Zusammenarbeit mit anderen Menschenrechtsorganisationen.

Arbeitsgebiete

Der Schwerpunkt der Arbeit von Human Rights Watch liegt auf Themen wie Hinrichtungen, Verschleppungen, Folter, politische Verhaftungen, Diskriminierung, willkürliche Gerichtsverfahren und Verletzungen der Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit. Human Rights Watch untersucht die Verletzung von Frauen- und Kinderrechten und bearbeitet Themen wie internationales Rechtssystem, Menschenrechtsverantwortung von Wirtschaftsunternehmen, die Rechte Homosexueller sowie Flüchtlingsfragen.

Aktivitäten

Human Rights Watch veröffentlicht zahlreiche Berichte über Menschenrechtsverletzungen. Aus Krisengebieten liefert Human Rights Watch aktuelle Informationen. Die Pressearbeit zielt darauf ab, die verantwortlichen Regierungen vor den Augen ihrer Bürger_innen und der Weltöffentlichkeit anzuklagen und zum Einlenken zu bewegen. Um eine Veränderung von Politik und Praxis zu bewirken, trifft sich Human Rights Watch auf unterschiedlichen Ebenen mit politischen Entscheidungsträger_innen. 1994 fielen über eine halbe Million Menschen dem Völkermord in Ruanda zum Opfer. Human Rights Watch lieferte dem Kriegsverbrechertribunal für Ruanda ausführliche Informationen. Die Berichte von Human Rights Watch haben zur Verurteilung mehrerer Täter_innen beigetragen. Auch spielte Human Rights Watch eine führende Rolle bei der Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag. Das Gericht verfolgt Personen strafrechtlich, denen Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen werden.

Initiative Schwarze Menschen in Deutschland - ISD Bund e.V.

c/o Jonas Berhe
Rhönstraße 53
60316 Frankfurt am Main
Tel.: 0152 54217327 (Öffentlichkeitsanfragen);
Tel.: 030 700 858 89 (ISD Bund, Büro Berlin)
E-Mail: isdbund.vorstand@isd-bund.org
Website: isdonline.de

Der ISD Bund e.V. setzt sich sowohl für das umfassende Empowerment Schwarzer Menschen in Deutschland gegenüber einer weißen Mehrheitsgesellschaft als auch für ihre politische Partizipation ein. Dazu zählen menschenrechtsbasierte Antirassismuserbeit, die Sichtbarmachung Schwarzer Geschichte sowie die regionale wie deutschlandweite, intergenerationelle und internationale Vernetzung Schwarzer Menschen und Organisationen.

Die ISD wurde Mitte der 1980er Jahre gegründet und setzt sich in ihrer Arbeit für die Emanzipation Schwarzer Menschen gegenüber einer weißen Mehrheitsgesellschaft und ihre politische Partizipation ein – mit dem Ziel, ihre Perspektiven, Geschichte, Lebensentwürfe und Konzepte in Deutschland sichtbar zu machen. Der Verein versteht sich als Interessenvertretung Schwarzer Menschen in Deutschland, interveniert bei Fällen von

Diskriminierung und Rassismus und bezieht Stellung gegenüber der Öffentlichkeit. Die Mitglieder der ISD etablierten nach ihrer Gründung lokale Initiativen in Städten wie München, Stuttgart, Freiburg, Hamburg, Hannover, Berlin, in Nordrhein-Westfalen und in der Rhein-Main-Region. Nach dem Mauerfall kamen weitere Mitglieder hinzu, die sich in Ostdeutschland vernetzten. In diesem Sinne etablierte sich auch die Tradition eines jährlichen Bundestreffens, auf dem diskutiert, Wissen ausgetauscht und Meinungen gebildet werden.

Die ISD versteht sich nicht als alleinige Vertreterin der Interessen Schwarzer Menschen in Deutschland, sondern steht mit ihrem Ansatz in einem bundesweiten Kontext mit anderen Vereinen und Persönlichkeiten der Community zusammen, die ebenfalls die Verbesserung der Lebenssituation Schwarzer Menschen in Deutschland zum Ziel haben. 2015 wird die jüngere Schwarze Bewegung und der Verein in Deutschland auf 30 Jahre Geschichte zurückblicken. Es sind Jahre des Sich-Selbst-Definierens, des Suchens und Freilegens verschütteter Geschichte in Deutschland, Jahre der Vernetzung auf persönlicher und organisatorischer Ebene – lokal, regional, bundesweit und international.

Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. – ISL

Bundesgeschäftsstelle – ISL

Krantorweg 1

13503 Berlin

Tel.: 030 4057-1409

Fax: 030 4057- 3685

E-Mail: info@isl-ev.de

Website: www.isl-ev.de

Ansprechpartnerin: Dr. Sigrid Arnade (Geschäftsführerin)

Die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. – ISL ist eine menschenrechtsorientierte Selbstvertretungsorganisation. Sie ist die Dachorganisation der Zentren für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen und wurde 1990 von behinderten Frauen und Männern gegründet. Die Leitideen der ISL e.V. sind „Selbstbestimmung – Selbstvertretung – Inklusion – Empowerment“. Dabei wird ein behinderungsübergreifender Ansatz verfolgt, der alle Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen einbezieht.

Die ISL e.V. ist der deutsche Zweig der 1980 gegründeten internationalen Selbstvertretungsbewegung behinderter Menschen „Disabled People’s International – DPI“. Mit ihrem behinderungsübergreifenden Ansatz besitzt DPI auf internationaler Ebene ein Alleinstellungsmerkmal. Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal ist die Tatsache, dass alle Entscheidungs- und Vertretungspositionen von Menschen mit Behinderungen wahrgenommen werden.

Die ISL e.V. arbeitet behinderungsübergreifend und setzt sich ein

- für die Realisierung aller Menschenrechte von behinderten Personen;
- für ein selbstbestimmtes Leben für alle Menschen mit Behinderungen;
- für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen in allen Bereichen des Lebens und in der Gesellschaft;
- für die Realisierung des Grundsatzes „Nichts über uns ohne uns!“;
- für ein uneingeschränktes Recht auf notwendige Assistenzleistungen;
- für eine gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen.

Die ISL e.V. leistet einen wichtigen Beitrag, um die VN-Behindertenrechtskonvention (BRK) in Deutschland auf allen Ebenen umzusetzen und mit Leben zu erfüllen.

Interkultureller Rat in Deutschland e.V.

Goebelstraße 21, 64293 Darmstadt

Tel.: 06151 339971

Fax.: 06151 3919740

E-Mail: info@interkultureller-rat.de

Website: www.interkultureller-rat.de

Vorstandsvorsitzender: Dr. Jürgen Micksch

Im Interkulturellen Rat arbeiten Menschen unterschiedlicher Herkunft und Nationalität aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zusammen mit dem Ziel, das friedliche interkulturelle und interreligiöse Zusammenleben der Bevölkerung in Deutschland ungeachtet der Nationalität, Herkunft oder Religion ihrer Mitglieder zu fördern und sich gegen jede Form der staatlichen und gesellschaftlichen Diskriminierung sowie gegen rassistische Tendenzen zu wenden.

Ziele

- Austausch über Fragen des Zusammenlebens in der multikulturellen Gesellschaft;
- Identifizierung von Herausforderungen und Problemen im Zusammenleben;
- Entwicklung von Konzepten und Umsetzung modellhafter Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens;
- Beratung von Entscheidungsträger_innen.

Umsetzung

- Anregung von Runden Tischen, Gesprächsforen oder Gremien, in denen an der Überwindung von Diskriminierung und Rassismus gearbeitet wird;
- Entwicklung und Erprobung von Modellprojekten;
- Benennung und Versachlichung von Konflikten im Zusammenleben.

Aktuelle Projekte (Juni 2014)

Internationale Wochen gegen Rassismus: Organisation und Initiierung von Veranstaltungen rund um den 21. März, den Antirassismustag der Vereinten Nationen. Neu aufgebaut wird die „Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus“.

Veranstaltungen Abrahamischer Teams: Förderung sogenannter Abrahamische Teams, die in Schulen und anderen Einrichtungen über Gemeinsamkeiten und Differenzen der abrahamischen Religionen informieren. Seit 2014 organisiert der Interkulturelle Rat das gemeinnützige Abrahamische Forum in Deutschland e.V., in dem Vertretungen aus dem Judentum, Christentum, Islam und dem Bahá'ítum mit Wissenschaftler_innen und Expert_innen kooperieren.

Kooperationen

- Gemeinsam mit dem „Rat der Religionen Frankfurt“ wird die *Interreligiöse Konferenz* durchgeführt.
- Koordiniert wird der gemeinnützige Förderverein für den *Deutschen Muslimtag e.V.* und das mit dem „Rat der Türkeistämmigen Staatsbürger“ gegründete *Deutsche Islamforum*.
- Gemeinsam mit dem Avicenna-Preis e.V. wurde der „Gesprächskreis Mittelmeerpartnerschaft“ eingerichtet, der sich um zivilgesellschaftliche Kooperationen mit Ländern des südlichen Mittelmeeres bemüht.

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)

Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Tel.: 08283 92927
E-Mail: hofer@wilpf.de
Website: www.wilpf.de
Ansprechpartnerin: Irmgard Hofer (Vorsitzende)

Women's International League for Peace and Freedom (WILPF; auf Deutsch IFFF) wurde 1915 in Den Haag auf der ersten internationalen Frauenfriedenskonferenz im Protest gegen den Ersten Weltkrieg gegründet. Weltweit gibt es derzeit über 40 Sektionen auf allen Kontinenten.

Die Liga hat Konsultativstatus bei den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen in Genf, New York, Paris und Rom. Die beiden internationalen Büros befinden sich in Genf und New York. Die Geschäftsstelle der deutschen Sektion befindet sich in Berlin. Die IFFF finanziert sich über Mitgliederbeiträge und Einzelspenden.

Die IFFF führt als Frauenfriedensorganisation Frauen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Einstellung zusammen, die bestrebt sind, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ursachen von Kriegen zu untersuchen, und die an einem nachhaltigen Frieden ohne Kriege arbeiten. Die IFFF setzt sich ein für die soziale, wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung aller, für weltweite Abrüstung und zivile Konfliktlösung.

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

Borsigallee 9
60388 Frankfurt am Main
Tel.: 069 42010-80
Fax: 069 42010-833
E-Mail: info@igfm.de
Website: www.igfm.de
Ansprechpartnerin: Sylvia Wähling

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) wurde 1972 in Frankfurt am Main gegründet. Sie hat 35 Sektionen weltweit; die Deutsche Sektion hat etwa 3000 Mitglieder. Die IGFM setzt sich für die Verwirklichung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 ein. Sie konzentriert sich auf den Bereich der Grundrechte und bürgerlichen Rechte. Die Arbeit fußt auf drei Standbeinen: Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit, individuelle Fallarbeit und humanitäre Hilfe.

Die IGFM wird überwiegend durch Spenden und Beiträge finanziert; sie erhält keine staatlichen Zuschüsse. Sie ist als gemeinnützig und mildtätig anerkannt. Die IGFM hat Konsultativstatus (Roster) beim ECOSOC der VN, Konsultativstatus beim Europarat, Beobachterstatus bei der Organisation Afrikanischer Staaten und assoziierten Status beim Amt für öffentliche Information bei den VN.

Arbeitsgebiete

Inhaltliche Schwerpunkte der Deutschen Sektion für die Dekade 2005 bis 2015 und darüber hinaus sind die Förderung der Zivilgesellschaft in Ost- und Südosteuropa sowie die Beobachtung der Religionsfreiheit, verbunden mit der Förderung von Dialog- und Bildungsprojekten in Vorder-, Mittelasien und Westafrika sowie Lateinamerika. Sie unterstützt die osteuropäischen Sektionen bei der Humanisierung des Strafvollzugs sowie die Aufarbeitung der vergangenen Unrechtsregime. Die IGFM hilft mit gutachterlichen Stellungnahmen und Dokumentationen in Asyl- und Bleiberechtsangelegenheiten für eine eng begrenzte Anzahl von Ländern, wie z. B. Iran, Pakistan, Guinea/Conakry, Georgien und andere, sowie themenbezogen aus dem Bereich Religionsfreiheit.

Die deutsche Sektion publiziert die Zeitschrift MENSCHENRECHTE, die Zeitung „Für die Menschenrechte“ und weitere Publikationen diverser Sachgebiete.

IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.

Körtestraße 10
10967 Berlin
Tel.: 030 6980740
Fax: 030 6938166
E-Mail: uhe@ippnw.de
Website: www.ippnw.de

Ansprechpartner_innen: Frank Uhe (Geschäftsführer),
Dr. Gisela Penteker (Arbeitskreis Flüchtlinge/Asyl)

IPPNW – das ist ein komplizierter Name für ein einfaches Anliegen. Die IPPNW arbeitet für eine Welt ohne atomare Bedrohung. Die IPPNW recherchiert die aktuellen Entwicklungen bei der Herstellung neuer Atomwaffen und klärt über die Folgen des Einsatzes von Atomwaffen auf. Unser Ziel: die Abschaffung aller Atomwaffen! Doch auch die friedliche Nutzung der Atomenergie gefährdet die Gesundheit. Wir engagieren uns für den Atomausstieg und studieren die krankmachenden Folgen der Atomenergie rund um deutsche Atomkraftwerke und -forschungsanlagen.

Für eine Welt in Frieden: Die IPPNW sagt Nein zum Krieg. Denn Krieg ist eine der größten Bedrohungen für Leib und Seele. Er zerstört das, was Ärzt_innen und medizinisches Personal später wieder zu heilen suchen. Daher beschäftigt sich die IPPNW mit den Kriegsursachen und zivilen Konfliktlösungsstrategien in Kriegs- und Krisengebieten.

Für eine Welt in sozialer Verantwortung! Mitglieder der IPPNW sind berufsbedingt mit den Folgen von Krieg und Gewalt konfrontiert. Sie arbeiten als Heilberufler_innen mit traumatisierten Flüchtlingen und Folterüberlebenden und setzen sich für deren adäquate Behandlung ein.

Unsere Arbeitsschwerpunkte

- eine gesicherte medizinische Grundversorgung für Menschen ohne Papiere;
- traumatisierte Flüchtlinge;
- Kinder und Jugendliche im Asylverfahren;
- Ärzt_innen und Abschiebungen.

Publikationen: IPPNWforum (fünfmal jährlich); Studien; Kampagnenmaterialien; IPPNWaktuell; IPPNWakzente.

Kindernothilfe e.V.

Düsseldorfer Landstraße 180
47249 Duisburg
Tel.: 0203 7789-180
Fax: 0203 7789-289
E-Mail: antje.weber@knh.de
Website: www.kindernothilfe.de
Ansprechpartnerin: Antje Weber

Kindernothilfe – für die Rechte von Kindern

Die Kindernothilfe, 1959 in Duisburg gegründet, ist zu einem der größten christlichen Kinderhilfswerke in Europa gewachsen. Heute fördert und erreicht die Kindernothilfe über 1,5 Millionen Mädchen und Jungen in rund 1000 Projekten in etwa 30 Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas.

Die Kindernothilfe versteht sich als eine Organisation der Entwicklungszusammenarbeit, die sich insbesondere für Kinder und deren Rechte einsetzt. Hierbei orientiert sie ihr Handeln an den Grundlagen des biblischen Zeugnisses sowie an internationalen Menschenrechtsverträgen, vor allem an dem VN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Der Kinderrechtsansatz ist eine Querschnittsaufgabe der gesamten Kindernothilfe-Arbeit im In- und Ausland. Die Organisation und ihre Partner weltweit verfolgen das Ziel, Armut zu bekämpfen, Kinder zu schützen, zu fördern und zu beteiligen.

Für ihren seriösen Umgang mit Spendengeldern trägt die Kindernothilfe das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen. Für die transparente Kommunikation über die Verwendung ihrer Spendengelder wurde die Organisation 2012 mit dem Transparenzpreis von Pricewaterhouse Coopers ausgezeichnet. Die Kindernothilfe ist Mitglied im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche.

KOK – Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.

Kurfürstenstraße 33
10785 Berlin
Tel.: 030 263911-76
Fax: 030 263911-86
E-Mail: info@kok-buero.de
Website: www.kok-buero.de
Ansprechpartnerin: Naile Tanis (Geschäftsführerin)

Die Nichtregierungsorganisation KOK ist ein im Jahr 1999 gegründeter Zusammenschluss von 37 spezialisierten Fachberatungsstellen für Betroffene von Menschenhandel und Frauenorganisationen in Deutschland, der sich auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene gegen Menschenhandel und Gewalt an Migrantinnen engagiert. Als einziges bundesweites Netzwerk mit diesem Fokus, bildet der KOK sowohl national auch als international die Schnittstelle zwischen der Praxis der Fachberatungsstellen, der Politik und Öffentlichkeit sowie relevanten Kooperationspartner_innen. Die Hauptaufgabe der Geschäftsstelle des KOK ist es, die politischen und gesellschaftlichen Interessen seiner Mitgliedsorganisationen, zu denen er im engen Kontakt und regen Austausch steht, auf politischer Ebene und in der Öffentlichkeit zu vertreten. Die enge Anbindung an die Basis ist für den KOK von entscheidender Bedeutung für eine erfolgreiche und realitätsnahe Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, da so bei der Bearbeitung der vielfältigen Themen stets ein Praxisbezug gewährleistet ist.

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen setzt sich der KOK ein:

- für ein öffentliches Bewusstsein für das Thema Menschenhandel sowie die Probleme ausgebeuteter Personen, unabhängig von deren Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsstatus;
- für die Verwirklichung der Menschenrechte von Migrantinnen und die Stärkung der Rechte von Opfern von Menschenhandel;
- für die wirksame und dauerhafte Verbesserung der Lebensverhältnisse von Betroffenen von Menschenhandel;
- gegen die rassistische und sexistische Diskriminierung von Migrantinnen;
- für die rechtliche und soziale Gleichstellung von Prostituierten.

Aktuelle Publikationen

- Rabe, Tanis: [Menschenhandel als Menschenrechtsverletzung. Strategien und Maßnahmen zur Stärkung der Betroffenenrechte](#), KOK/DIMR (2013), Berlin.
- [Gemeinsam gegen Menschenhandel und Gewalt an Migrantinnen. Ein Rückblick auf die Jahre 1999-2012](#), KOK (2013), Berlin.

Kommission für Menschenrechte des Vereins der Richter und Staatsanwälte und des Anwaltvereins, Freiburg

Kommission für Menschenrechte
c/o Freiburger Anwaltverein, Amtsgericht
Holzmarkt 2–6
79098 Freiburg im Breisgau
Tel.: 0761 205-1900
Fax: 0761 205-1901
E-Mail: info@freiburger-anwaltverein.de

Ansprechpartner_innen:

Dr. Edlef Lange, Tel.: 0761 75731, E-Mail: Edlef.Lange@t-online.de;

Beatrice Schrade, Tel.: 0761 70500-14, E-Mail: Schrade@kfrei.de

Die „Kommission für Menschenrechte“ (MRK) ist eine gemeinsame Einrichtung der beiden berufsständischen Juristenorganisationen in Freiburg: des Vereins der Richter und Staatsanwälte und des Anwaltvereins. Sie hat sich vor allem zur Aufgabe gemacht, Juristen in anderen Ländern, die aufgrund ihrer Berufsausübung zu Opfern von Menschenrechtsverletzungen werden, praktische Hilfe und Solidarität zu bieten. Sie setzt sich darüber hinaus allgemein für die Durchsetzung des Rechtsstaatsprinzips („rule of law“) und die Unabhängigkeit der Justiz, für den Kampf gegen Straflosigkeit, die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs und für andere menschenrechtliche Themen auch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ein. Sie steht in einem „Menschenrechtsdialog“ mit iranischen Jurist_innen aus Isfahan, der Partnerstadt von Freiburg.

Die Mitglieder der MRK sind Jurist_innen aus unterschiedlichen Berufsfeldern, die auf ehrenamtlicher Basis mitarbeiten. Es werden u.a. Briefaktionen, Prozessbeobachtungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Unterstützungsaktionen für akut bedrohte Kolleg_innen und deren Angehörige durchgeführt. Die MRK arbeitet auf lokaler Ebene u.a.

mit der Universität, dem Max-Planck-Institut und der Katholischen Akademie zusammen, ist Mitglied im Deutschen FORUM MENSCHENRECHTE und affiliertes Mitglied im „Centre for the Independence of Judges and Lawyers“ der Internationalen Juristenkommission in Genf.

Die Arbeit der MRK wird finanziert durch Spenden und Beiträge des Vereins zur Förderung der Menschenrechtsarbeit der Freiburger Juristenorganisationen e. V.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

In Berlin:

Klingelhöferstraße 23

10785 Berlin

Postanschrift: 10907 Berlin

Tel.: 030 26996-3522

Fax: 030 26996-53516

E-Mail: winfried.weck@kas.de

Webseite: www.kas.de

Ansprechpartner: Winfried Weck (Koordinator für Entwicklungspolitik und Menschenrechte, HA Europäische und Internationale Zusammenarbeit, EIZ)

Menschenrechte als Querschnittsaufgabe

Das Engagement für die Durchsetzung von Menschenrechten weltweit gehört zu den Kernaufgaben der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und ergibt sich aus ihrer politischen Orientierung am christlichen Menschenbild. Die fundamentale Bedeutung unseres Verständnisses von Menschenwürde im Kontext der christlich-demokratischen Tradition ist für die KAS zugleich ethischer Maßstab und politische Verpflichtung für die praktische Arbeit.

Das Engagement für die Durchsetzung von Menschenrechten stellt eine fortwährende und kontinuierliche Aufgabe dar, auf die wir mit unterschiedlichen Instrumenten und Maßnahmen reagieren. Hierzu zählen Maßnahmen der politischen Bildung und Beratung, Medienarbeit und Publikationen, die Sensibilisierung für aktuelle Menschenrechtsthemen sowie hochrangige Dialogveranstaltungen. Darüber hinaus finden wir überall auf der Welt Partner, mit denen wir in Kooperation zu einer erfolgreichen Menschenrechtspolitik Beiträge leisten.

Auch sind in mehr als der Hälfte unserer Länder- und Regionalprogramme Menschenrechtsthemen ein wesentlicher Bestandteil. Das gilt für die Rechtsstaatsprogramme ebenso wie für die Medienprojekte, für die parlamentarischen Beratungsmaßnahmen wie für politische Dialogprogramme.

Arbeitsbeispiel: Palästinensische Gebiete

Ein Beispiel dafür sind die Projekte in den Palästinensischen Gebieten. Seit 1996 fördert die KAS das Institute of Law der Universität Birzeit (IOL) und unterstützt den Aufbau einer Gesetzesdatenbank. Nutznießende sind Richter_innen und Staatsanwält_innen, Politiker_innen, Anwält_innen, Wissenschaftler_innen und Studierende. Im Rahmen dieser Projektstätigkeit werden vor allem diejenigen Institutionen systematisch beraten, die in den Legislativprozess involviert sind. Die hierbei aufgegriffenen Menschenrechtsfragen stimulieren eine intensive Diskussion in der (lokalen) Fachöffentlichkeit, die erhebliche Auswirkungen auf den Gesetzgebungsprozess selbst und die Umsetzung des Rechts hat. Auf diese Weise werden Parlamentsabgeordnete und hochrangige Entscheidungsträger_innen der Exekutive im Sinne einer besseren Beachtung und Sicherung der Menschenrechte beeinflusst.

Arbeitsbeispiel: China

In ihren Projektmaßnahmen unterstützen die KAS-Büros in Peking und Shanghai durch Wissensvermittlung, Expertendialoge und Studien die Diskussion über menschen- und bürgerrechtliche Themen. Damit soll in Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft das Bewusstsein gesteigert werden, dass die Beachtung von Menschen- und Bürgerrechten für eine stabile und nachhaltige Politik-, Gesellschafts- und auch Wirtschaftsentwicklung der Volksrepublik China unerlässlich ist. In jüngerer Zeit stehen vor allem Maßnahmen zur Stärkung der Zivilgesellschaft und der Medien im Vordergrund.

Arbeitsbeispiel: Westafrika

Auch in Afrika südlich der Sahara sind Maßnahmen im Bereich der Menschenrechte wesentlicher Bestandteil des Portfolios der KAS. Ein Beispiel ist die Partnerschaft der Stiftung mit dem UNESCO-Lehrstuhl für Menschenrechte mit Sitz in Benin. Das KAS-Programm Politischer Dialog Westafrika vergibt für die Studiengänge „Menschenrechte und Demokratie“ sowie „Demokratie und Gute Regierungsführung“ jährlich rund 25 Stipendien an Studierende aus der Region Westafrika und veranstaltet zudem regelmäßig Kolloquien und Konferenzen. Damit wird die Arbeit der Zivilgesellschaft, insbesondere junger Menschen, und wissenschaftlicher Institutionen im Bereich der Menschenrechte gestärkt.

Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD)

Postfach 103414
50474 Köln
Hülchrather Straße 4
50670 Köln
Tel.: 0221 925961-0
Fax: 0221 925961-11
E-Mail: lsvd@lsvd.de
Website: www.lsvd.de
Ansprechpartner: Klaus Jetz, Geschäftsführer

Der LSVD versteht sich als Bürgerrechtsverband. Seit 25 Jahren engagiert sich der LSVD für gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt sowie Nichtdiskriminierung aufgrund der sexuellen Identität. Lesben, Schwule, bi-,trans- und intersexuelle Menschen (LSBTI) sollen ihre persönlichen Lebensentwürfe selbstbestimmt entwickeln können – frei von rechtlichen und anderen Benachteiligungen, frei von Anfeindungen und Diskriminierungen. Deshalb setzt sich der LSVD für eine rechtliche Gleichstellung auf allen Ebenen ein, ebenso für eine umfassende Antidiskriminierungsgesetzgebung, wirbt für die Akzeptanz schwuler und lesbischer Lebensweisen, leistet Beratungsarbeit und bietet Hilfe und Unterstützung in Problemsituationen an.

Noch immer werden Lesben und Schwule in 77 Staaten strafrechtlich verfolgt. Auch sind LSBTI in vielen Ländern massiven Übergriffen ausgesetzt – bis hin zu Folter und Mord. Der LSVD gründete 2007 die Hirschfeld-Eddy-Stiftung mit den Schwerpunktthemen internationale Arbeit, Stärkung der Menschenrechte, Unterstützung von Menschenrechts-verteidiger_innen im globalen Süden und Osteuropa. Durch Lobbyarbeit auf nationaler und internationaler Ebene versucht der LSVD, für das Thema Menschenrechte und sexuelle Identität zu sensibilisieren.

Die auswärtige Politik und ihre Akteure sollten die Rechte von LSBTI im Dialog mit ihren Partnern offen und selbstverständlich ansprechen. Sie sollten klarstellen, dass die Menschenrechte für alle gelten, die wir „gleich an Würde und Rechten geboren“ sind, dass die sexuelle Selbstbestimmung kein spezielles Recht, sondern ein unveräußerliches Menschenrecht ist, das uns qua Geburt zusteht. Deutschland sollte hier seiner historischen Verantwortung für die Menschenrechte gerecht werden.

Periodikum: respekt! (erscheint zweimal im Jahr).

medica mondiale e. V.

Hülchrather Straße 4
50670 Köln
Tel.: 0221 931898-0
Fax: 0221 931898-1
E-Mail: info@medicamondiale.org
Website: www.medicamondiale.org
Ansprechpartnerin: Jeannette Böhme

Medica mondiale ist eine in Deutschland ansässige internationale Nicht-Regierungsorganisation, die sich weltweit für Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten einsetzt. *medica mondiale* unterstützt Frauen und Mädchen, die sexualisierte Gewalt erlebt haben, ungeachtet ihrer politischen, ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit. Gemeinsam mit Frauen aus der ganzen Welt setzt sich *medica mondiale* dafür ein, dass Frauen in Würde und selbstbestimmt leben können.

Sexualisierter Kriegsgewalt auf allen Ebenen zu begegnen, dieser Aufgabe stellt sich *medica mondiale* seit der Gründung in 1993. Nach wie vor werden Frauen und Mädchen in kriegerischen Auseinandersetzungen vergewaltigt und als „natürliche“ Kriegsbeute von Männern betrachtet – täglich und an vielen Orten auf dieser Welt. *Medica mondiale* hilft dort, wo den Verbrechen tatenlos zugesehen wird, wo Frauen und Mädchen keine Unterstützung erfahren und auf sich selbst gestellt sind.

Medica mondiale bietet Frauen und Mädchen, die Vergewaltigung und Folter erlebt haben, lebensnotwendige medizinische, psychologische und rechtliche Unterstützung und Programme zur Einkommensförderung – sowohl mit eigenen Projekten als auch in Zusammenarbeit mit kompetenten Frauenorganisationen vor Ort. Gleichzeitig setzt sich *medica mondiale* politisch für die Rechte von Frauen ein und macht öffentlich auf die Verbrechen und die zerstörerischen Folgen für Frauen und Gesellschaften aufmerksam. Mit dem Einsatz von *medica mondiale* sollen Frauen die Chance erhalten, trotz ihrer Erfahrung entwürdigender und zerstörerischer Gewalt eigenständig und selbstbestimmt leben zu können. Unsere Vision: Frauen und Mädchen leben in einer Welt ohne Gewalt. Sie leben in Würde und Gerechtigkeit.

missio – Internationales Katholisches Missionswerk e.V. Aachen

Fachstelle Menschenrechte
 Goethestraße 43
 52064 Aachen
 Tel.: 0241 7507-253
 Fax: 0241 7507-61253
 E-Mail: marcinkowski@missio.de; menschenrechte@missio-aachen.de
 Website: www.missio-aachen.de/menschen-kulturen/themen/menschenrechte
 Ansprechpartner: Dr. Christoph Marcinkowski

Missio, das Internationale Katholische Missionswerk der Kirche in Deutschland, ist Teil der weltweiten Gemeinschaft der päpstlichen Missionswerke. Als Mitgliederbewegung verwirklicht missio den missionarischen Grundauftrag der Kirche als Lern-, Gebets- und Solidargemeinschaft:

- missio macht die Vielfalt des christlichen Glaubens in der Einen Welt erfahrbar;
- missio fördert Kirche als Netzwerk weltkirchlicher Spiritualität;
- missio unterstützt partnerschaftlich die Ortskirchen in Afrika, Asien und Ozeanien;
- missio betreibt Advocacy- und Lobbyarbeit bei brennenden Fragen unserer Partner.

Menschenrechte sind heute ein zentrales Thema für die Kirche und damit auch für missio. Nach unserer Überzeugung schenkt Gott allen Menschen die gleiche Würde und das gleiche Lebensrecht. In vielen Ländern werden diese Rechte aber mit Füßen getreten. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den Entrechteten, den Armen und Schwachen dieser Welt. Zur Durchsetzung und Wahrung der Menschenrechte für alle setzt sich missio deshalb vehement für die Gleichbehandlung aller Menschen und für den gleichen Zugang zu Bildung und Erziehung ein.

Das Anliegen der Fachstelle Menschenrechte ist es, vor diesem Hintergrund Menschenrechtsverletzungen in den Ländern Afrikas, Asiens und Ozeaniens bekannt zu machen sowie Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte zu fördern. Um diesem Ziel näherzukommen, engagieren wir uns in der menschenrechtlichen Netzwerkarbeit und fördern den Austausch der kirchlichen Partner-missios in Afrika, Asien und Ozeanien mit kirchlichen und politischen Entscheidungsträger_innen in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union.

Einer der Schwerpunkte unseres Einsatzes ist das Eintreten für Religionsfreiheit im Geiste der Erklärung über Religionsfreiheit „Dignitatis Humane“ aus dem Jahre 1965. Zur Erreichung ihrer Ziele führt die Fachstelle Menschenrechte Fachtagungen durch und publiziert Länderstudien, thematische Studien und Dokumentationen.

missio – Internationales Katholisches Missionswerk e.V. München

Abteilung Bildung
 Abteilungsleiterin
 Pettenkoflerstraße 26–28
 80336 München
 Tel.: 089 51 62-270
 Fax: 089 51 62-307
 E-Mail: s.rappel@missio.de
 Website: www.missio.de
 Ansprechpartnerin: Prof. Dr. Simone Rappel

Missio verwirklicht als Mitgliederbewegung den missionarischen Grundauftrag der Kirche als Lern-, Gebets- und Solidargemeinschaft.

- missio macht die Vielfalt des christlichen Glaubens in der Einen Welt erfahrbar;
- missio fördert Kirche als Netzwerk weltkirchlicher Spiritualität;
- missio unterstützt partnerschaftlich die Ortskirchen in Afrika, Asien und Ozeanien und betreibt Advocacy- und Lobbyarbeit in ihren Überlebensfragen.

Menschenrechte sind heute ein zentrales Thema für die Kirche und für missio. Nach unserer Überzeugung schenkt Gott allen Menschen die gleiche Würde und das gleiche Lebensrecht. In vielen Ländern werden diese Rechte aber mit den Füßen getreten. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt daher den Entrechteten, Armen und Schwachen. Zur Durchsetzung und Wahrung der Menschenrechte für alle setzt sich missio deshalb vehement für die Gleichbehandlung aller Menschen und für den gleichen Zugang zu Bildung und Erziehung ein.

Um Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte weltweit zu fördern,

- bieten wir Informationen und Bildung für ein breites Spektrum von Interessierten an;
- engagieren wir uns in der menschenrechtlichen Netzwerkarbeit;

- unterstützen wir den Austausch von Partnern mit kirchlichen und politischen Entscheidungsträger_innen in der Bundesrepublik Deutschland.

Missionszentrale der Franziskaner

Postfach 200953
Albertus-Magnus-Straße 39
53177 Bonn
Website: www.mzf.org

Die Missionszentrale der Franziskaner hat seit ihrem Beginn 1969 die Förderung von Projekten vor allem für marginalisierte Gruppen und die Vertretung der Anliegen der mit den Franziskanern verbundenen Ortskirchen der „Dritten Welt“ zum Ziel.

Aufgrund ihrer Bindung an die vorrangigen Optionen des Ordens, darunter die Option für die Armen sowie für Gerechtigkeit und Frieden, gehört das weltweite Eintreten für Menschenrechte seit Beginn zu ihren Prioritäten im Rahmen der Projektförderung, der Bildungsarbeit und der entsprechenden politischen Betätigung im In- und Ausland. U. a. unterhält sie zum Zweck der Einklagung der Menschenrechte ein eigenes Netzwerk für Eilaktionen.

Nürnberger Menschenrechtszentrum e.V.

Hans-Sachs-Platz 2
90403 Nürnberg
Tel.: 0911 230 55 50
Fax: 0911 230 55 51
Email: buero@menschenrechte.org
Webseite: www.menschenrechte.org
Ansprechpartner: Dr. Rainer Huhle, PD Dr. Michael Krennerich

Das Nürnberger Menschenrechtszentrum e.V. (NMRZ) setzt sich in und von Nürnberg aus für die Menschenrechte auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene ein.

Das NMRZ

- informiert über Menschenrechte, indem es als Anlaufstelle für menschenrechtliche Fragen dient und regelmäßig Publikationen zu Menschenrechten vorlegt;
- belebt den Menschenrechtsdiskurs, indem es regelmäßig Fachgespräche durchführt und Menschenrechtskonferenzen mitveranstaltet;
- betreibt Menschenrechtsbildung, indem es Bildungsangebote innerhalb und außerhalb Nürnberg anbietet;
- berät und nimmt Stellung, indem es seine Expertise zu allgemeinen und speziellen Fragen der Menschenrechte und der Menschenrechtspolitik (Internationale Strafgerichtsbarkeit, „Verschwundene“, soziale Menschenrechte, etc.) zur Verfügung stellt;
- mischt sich ein, indem es im Rahmen menschenrechtlicher Kampagnen und Netzwerke konstruktiv-kritisch die deutsche und internationale Menschenrechtspolitik begleitet.

Regionale Arbeitsschwerpunkte sind: Deutschland, Europa, Lateinamerika und allgemein Entwicklungsländer.

Der Verein wird fast ausschließlich von der ehrenamtlichen Mitarbeit seiner Mitglieder getragen.

Jüngere Publikationen

- M. Krennerich: Soziale Menschenrechte – zwischen Recht und Politik, Schwalbach/Ts. 2013;
- NMRZ : Von Nürnberg nach Den Haag – Der lange Weg zum Internationalen Strafgerichtshof, Nürnberg 2013;
- O. Böhm/D. Katheder (Hg.): Grundkurs Menschenrechte, 5 Bde., Regensburg 2012 ff.;
- R. Huhle (Hrsg.): Human Rights and History. A Challenge for Education, Berlin 2010.

Das NMRZ ist außerdem Redaktionssitz der „Zeitschrift für Menschenrechte. Journal for Human Rights“.

Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V.

Zossener Straße 65, 10961 Berlin
 Tel: 030 25 89 88 91
 Fax: 030 69 04 10 18
 E-Mail: info@kirchenasyl.de
 Website: www.kirchenasyl.de
 Geschäftsführerin: Genia Schenke Plisch

Die Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V. ist der organisatorische Zusammenschluss der Kirchenasylbewegung in Deutschland. In ihr haben sich bundesweit die Ländernetzwerke der evangelischen, katholischen und freikirchlichen Kirchengemeinden zusammengeschlossen, die bereit sind, Kirchenasyl zu gewähren.

Gemeinden, die Flüchtlingen Zuflucht bieten, sehen sich durch ihren christlichen Glauben verpflichtet, Menschen vor einer Abschiebung zu schützen, wenn begründete Zweifel an einer gefahrlosen Rückkehr bestehen. Sie stellen sich zwischen die bedrohten Flüchtlinge und die Behörden, um eine nochmalige Prüfung des Falls zu erreichen und eine Abschiebung zu verhindern.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft sieht sich im Dienst der Flüchtlinge, die in den Gemeinden Zuflucht gefunden haben, sowie ihrer Unterstützer_innen. Sie tritt für die Rechte und die Menschenwürde von Flüchtlingen ein. Dies geschieht durch:

- Information der Öffentlichkeit über Anliegen der Kirchenasylbewegung durch Stellungnahmen, Presseerklärungen und Publikationen;
- rechtliche, theologische und praktische Beratung von Gemeinden, die Kirchenasyl gewähren;
- Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen;
- bundesweite Dokumentation und Auswertung von Kirchenasylen;
- Kontakte mit verantwortlichen Stellen in Politik und Kirchen.

pax christi – Deutsche Sektion e.V.

Hedwigskirchgasse 3

10117 Berlin

Tel: 030 20076780

Fax: 030 200767819

E-Mail: sekretariat@paxchristi.de

Website: www.paxchristi.de

Ansprechpartner_innen: Bundesvorsitzende Wiltrud Rösch-Metzler,
Präsident Heinz Josef Algermissen, Bischof von Fulda,
Generalsekretärin Christine Hoffmann

Die deutsche Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi führt Friedensgebete, Mahnwachen, Informationsveranstaltungen, Begegnungsreisen und Kampagnen und viele weitere Aktivitäten durch. Menschenrechte, innergesellschaftlicher Frieden im Einsatz für Flüchtlinge und gegen Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit sowie Versöhnungsarbeit sind Bereiche des Engagements von pax christi. Pax christi begleitet kritisch die Sicherheitspolitik der Bundesregierung und die Bundeswehrreform und setzt sich für atomare und konventionelle Abrüstung sowie Rüstungskonversion und für zivile Konfliktlösung ein.

Pax christi bietet Freiwilligendienste im Inland und in Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und im Kosovo, in Polen, der Ukraine, der Dominikanischen Republik und Ecuador an.

Hauptthemen sind: Krieg verhindern, Erinnern für die Zukunft, Gerechtigkeit, Friedensspiritualität. Auf Bundesebene arbeiten Kommissionen zu folgenden Themen: Friedenspolitik, Nahostpolitik, Rüstungsexporte, Friedensbildung an Schulen, Solidarität Eine Welt, Solidarität mit Zentralafrika, Globalisierung und soziale Gerechtigkeit.

Die bundesweite Zeitschrift pax_zeit informiert über aktuelle Friedensfragen.

Pro Asyl

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge

Postfach 16 06 24

60069 Frankfurt/ Main

Tel.: 069 24 23 14 0

Fax: 069 24 23 14 72

E-Mail: proasyl@proasyl.de

Website: www.proasyl.de

Ansprechpartner: Günter Burkhardt

PRO ASYL ist eine Bundesweite Arbeitsgemeinschaft von Mitarbeitenden aus Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Menschenrechtsorganisationen und den landesweiten Flüchtlingsräten.

PRO ASYL setzt sich in der Öffentlichkeit für Flüchtlinge ein, gibt Anregungen zum jährlichen Tag des Flüchtlings, veröffentlicht Faltblätter, Plakate und Informationsschriften über Fluchtursachen und die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland und Europa, unterstützt beispielhafte Prozesse und Musterklagen, um Flüchtlingen zu ihrem Recht zu verhelfen, fördert regionale Zusammenschlüsse von Flüchtlingsinitiativen und arbeitet mit den landesweiten Flüchtlingsräten zusammen. Gemeinsam mit internationalen Partnern dokumentiert PRO ASYL die Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen an Europas Außengrenzen und setzt sich für eine humanere europäische Flüchtlingspolitik ein.

Zum jährlich stattfindenden Tag des Flüchtlings veröffentlicht PRO ASYL eine Broschüre mit vielfältigen Informationen und Anregungen. Weitere Publikationen bitten wir, der Homepage von PRO ASYL zu entnehmen.

pro familia

pro familia-Bundesverband

Stresemannallee 3

D-60596 Frankfurt/Main

Tel.: 069 26 95 779-0

E-Mail: info@profamilia.de

Website: www.profamilia.de

Ansprechpartnerinnen: Jutta Güldenpfennig, Bundesgeschäftsführerin;
Regine Wlassitschau, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit.

Pro familia tritt für die Rechte auf individuelle Selbstbestimmung in Sexualität und Familienplanung ein und engagiert sich national und international für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte. Sexuelle und reproduktive Rechte und Gesundheit stehen für pro familia im Rang von Menschenrechten.

Pro familia ist der führende Fachverband zu Sexualität und Partnerschaft in Deutschland. Mit Informationen und Beratungsangeboten will pro familia dazu beitragen, dass Frauen, Männer und junge Menschen selbstbestimmt ihre Sexualität und sexuelle Orientierung leben können, dass Elternschaft eine freie Entscheidung ist und dass ein befriedigendes Sexualleben ohne Angst vor ungewollten Schwangerschaften oder sexuell übertragbaren Infektionen, einschließlich HIV, möglich ist und dass Menschen dabei am wissenschaftlichen Fortschritt partizipieren können.

Das Angebot in den bundesweit 180 Beratungsstellen umfasst Beratung, Informationen und altersgerechte Sexualpädagogik zu Partnerschaft, Sexualität, sexueller Orientierung, Verhütung, Schwangerschaft, Familie, unerfülltem Kinderwunsch und Reproduktionsmedizin, Pränataldiagnostik, Geburt, finanzieller Unterstützung, ungewollter Schwangerschaft sowie zu Trennung und Scheidung.

Pro familia veröffentlicht Informationsbroschüren für Klient_innen und Fachpublikationen für Ärzt_innen, Berater_innen und Pädagog_innen, organisiert Fachtagungen, macht Lobbyarbeit für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte und bietet ein breites Spektrum an Fort- und Weiterbildungen an. In der Sexualpädagogik engagiert sie sich für die Menschenrechtsbildung.

Pro familia ist Gründungsmitglied der International Planned Parenthood Federation (IPPF), einer Vorkämpferin für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte. Die IPPF umfasst

ein globales Netzwerk von derzeit 180 Mitgliedsorganisationen weltweit und setzt sich seit 1952 international für das individuelle Recht auf Familienplanung ein.

Reporter ohne Grenzen e.V.

Friedrichstraße 231
10969 Berlin
Tel: 030 609 895 33-0
E-Mail: kontakt@reporter-ohne-grenzen.de
Website: www.reporter-ohne-grenzen.de
Ansprechpartner: Christian Mihr (Geschäftsführer)

Reporter ohne Grenzen dokumentiert Verstöße gegen die Presse- und Informationsfreiheit weltweit und alarmiert die Öffentlichkeit, wenn Journalist_innen und deren Mitarbeiter_innen in Gefahr sind. Wir setzen uns für mehr Sicherheit und besseren Schutz von Journalist_innen ein. Wir kämpfen online wie offline gegen Zensur, gegen den Einsatz sowie den Export von Überwachungstechnik und gegen restriktive Mediengesetze. Unser Nothilfereferat unterstützt verfolgte Journalist_innen, Online-Aktivist_innen und ihre Familien. Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf der Hilfe in den Herkunftsländern der Betroffenen. Ziel ist es, ihnen so zu helfen, dass sie ihre journalistische Tätigkeit weiterführen oder wiederaufnehmen können. Reporter ohne Grenzen ersetzt zerstörte oder beschlagnahmte Ausrüstung, übernimmt Anwaltskosten und hinterlegt Kautionen zur Haftverschonung. Nach Misshandlungen oder Anschlägen ermöglichen wir bedrohten Journalist_innen eine medizinische Behandlung. Bei Arbeitsverbot oder Entlassung sorgen wir für eine finanzielle Überbrückung und unterstützen die Angehörigen. Außerdem spiegeln wir zensierte Websites und klären verfolgte Journalist_innen über Datenschutz auf. Wenn es für Journalist_innen oder ihre Mitarbeiter_innen lebensgefährlich ist, in ihrem Heimatland zu bleiben, bemühen wir uns, ein sicheres Aufnahmeland zu finden.

Seit 1994 ist die deutsche Sektion von Berlin aus aktiv. Die deutsche Sektion von Reporter ohne Grenzen ist organisatorisch und finanziell eigenständig. Gemeinsam mit dem internationalen Sekretariat in Paris recherchiert Reporter ohne Grenzen e.V. Verstöße gegen die Medienfreiheit weltweit, wertet diese aus, dokumentiert sie und koordiniert internationale Kampagnen und Aktionen. Ein globales, dicht geknüpftes Netz für schnelle Information und Intervention entsteht durch unsere mehr als 140 Korrespondent_innen sowie unsere Sektionen und weltweiten Büros.

TERRE DES FEMMES – Menschenrechte für die Frau e.V.

Brunnenstraße 128

13355 Berlin

Tel: 030 40504699-0

E-Mail: info@frauenrechte.de

Website: www.frauenrechte.de

Ansprechpartnerinnen: Geschäftsführerin Christa Stolle,
Fachbereichsleiterin Sibylle Schreiber

TERRE DES FEMMES ist eine gemeinnützige Menschenrechtsorganisation für Mädchen und Frauen, die sich seit der Gründung 1981 für die Stärkung der Rechte von Mädchen und Frauen weltweit einsetzt. Der Verein wendet sich gegen jede Form von Menschenrechtsverletzungen, die an Frauen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht, ungeachtet ihrer konfessionellen, politischen, ethnischen und nationalen Zugehörigkeit sowie ihrer sexuellen Identität, begangen werden. Zur Stärkung der Rechte von Mädchen und Frauen leistet TERRE DES FEMMES Aufklärung und kontinuierliche Information der Öffentlichkeit über Diskriminierung, Ausbeutung, Misshandlung und Verfolgung von Frauen und leistet Lobbyarbeit für die Verwirklichung und Einhaltung ihrer Menschenrechte. TERRE DES FEMMES ist national und international mit anderen Nichtregierungsorganisationen vernetzt, die menschenrechtliche Ziele verfolgen, unterstützt zudem lokale Selbsthilfeprojekte von Frauen für Frauen und bietet professionelle Beratung für gewaltbetroffene Mädchen und Frauen zu den Schwerpunktthemen des Vereins an.

Mit Fokus auf Deutschland arbeitet TERRE DES FEMMES zu den Themen weibliche Genitalverstümmelung, Frauenhandel und Zwangsprostitution, Gewalt im Namen der Ehre und Zwangsverheiratung sowie häusliche und sexualisierte Gewalt. Hauptaktionstage sind der 25. November (Internationaler Tag „NEIN zu Gewalt an Frauen“) und der 8. März (Internationaler Frauentag).

Seit 2001 finden jeweils zum 25. November eine weltweite Fahnenaktion und das Filmfest FrauenWelten in Tübingen statt. Städte, Kirchen, Institutionen und Einzelpersonen werden aufgerufen, mittels Fahnen und Banner mit der Aufschrift „frei leben – ohne Gewalt“ ein gemeinsames und überall sichtbares Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen. Rund um den Tag findet ebenfalls das Filmfest FrauenWelten statt. Es beleuchtet mit Spielfilmen und Dokumentationen Frauenrechte in verschiedenen Kulturen.

terre des hommes Deutschland e.V. Hilfe für Kinder in Not

Ruppenkampstraße 11 a
49084 Osnabrück
Webseite: www.tdh.de

Ansprechpartnerin: Barbara Küppers
(Leitung Referat Kinderrechte)

Terre des hommes ist ein internationales entwicklungspolitisches Kinderhilfswerk. Die Gründung der deutschen Sektion von terre des hommes im Jahr 1967 hing eng zusammen mit den Schrecken des Vietnamkrieges. Die erste Hilfsaktion des neu gegründeten Vereins terre des hommes war die Organisation von Rettungsflügen für verletzte Kinder aus Vietnam, die in Deutschland in Kliniken und Rehabilitationszentren behandelt wurden.

Heute hat terre des hommes mehr als 1500 ehrenamtliche Mitarbeiter_innen, die sich in 140 Orten engagieren. Terre des hommes fördert mit Spendengeldern in 33 Projektländern knapp 400 Projekte für notleidende Kinder. Unterstützt werden einheimische Partnerorganisationen in Asien, Afrika und Lateinamerika, die notleidenden Kindern helfen und die Eigeninitiative der Menschen stärken.

Terre des hommes hilft Straßenkindern, verlassenen und arbeitenden Kindern, kümmert sich um Kinder, die Opfer von Krieg und Gewalt wurden, und sorgt für deren Ausbildung. Terre des hommes unterstützt Jungen und Mädchen, deren Familien an Aids gestorben sind, setzt sich ein für die Bewahrung der biologischen und kulturellen Vielfalt und für den Schutz diskriminierter Bevölkerungsgruppen.

Die terre-des-hommes-Mitarbeiter_innen in den Koordinationsbüros in Afrika, Asien und Lateinamerika betreuen die Projekte in den jeweiligen Regionen und stehen im engen Dialog mit den Partnerorganisationen vor Ort. So wird sichergestellt, dass die Projektarbeit flexibel auf regionale Erfordernisse und neue Entwicklungen reagieren kann.

National und international mischt sich terre des hommes als Anwalt für Kinderrechte in die Politik ein. Terre des hommes ist unabhängig von Regierungen, Wirtschaft, Religionsgemeinschaften und Parteien und nimmt klar und kritisch Stellung, wenn sich politische Entscheidungen, wirtschaftliche Interessen oder das Verhalten einzelner Menschen gegen Kinder und ihre Rechte wenden.

Urgewald e.V.

Knud Vöcking
Von-Galen-Straße 4
48336 Sassenberg
Tel.: 02583-1031, 02583-30492-14 (direkt)
Fax: 02583-4220
Mobil: 0171-2832408
Skype: kvoecking
Website: www.urgewald.de

urgewald - Anwalt für Umwelt und Menschenrechte - verhindert seit 1992 mit einem ungewöhnlichen strategischen Ansatz umweltzerstörende Projekte. Wir organisieren Kampagnen gegen Investoren und Finanziere – denn hier liegt die Achillesferse vieler Vorhaben. Ohne Kredite und ohne Investor_innen wird schließlich kein Atomkraftwerk, kein Staudamm und keine Pipeline gebaut. Kaum eine Branche hat vergleichbare Auswirkungen auf Umwelt- und Menschenrechte, wie die Finanzwirtschaft. Mit der Kombination von sorgfältiger Recherche, unkonventionellen Ideen und mutigem Engagement hat urgewald in vielen Fällen die Finanzierung zerstörerischer Großprojekte vereiteln können.

Die Partner unserer Kampagnen sind häufig lokale NGOs und „communities“ aus dem Süden, die sich gegen Vertreibung, Diskriminierung und Lebensraumzerstörung wehren. urgewald sorgt dafür, dass indische Kleinbauern, ecuadorianische Indianer und bulgarische Atomkraft-gegner auf Aktionärsversammlungen, Pressekonferenzen, in den Vorstandsetagen deutscher Firmen und Banken, sowie in Parlament und Ministerien Gehör finden. Hilft das nicht, mobilisieren wir Proteste.

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.

Bundesgeschäftsstelle
Frau Hiltrud Stöcker-Zafari
Ludolfusstraße 2–4
60487 Frankfurt am Main
Telefon: 069 713 756-0
Telefax: 069 707 50 92
E-Mail: info@verband-binationaler.de

Als interkultureller Familienverband arbeiten wir bundesweit als Interessenvertretung an den Schnittstellen von Familien-, Bildungs- und Migrationspolitik. Es ist uns wichtig, dass Menschen ungeachtet ihrer Hautfarbe oder kulturellen Herkunft sozial und rechtlich gleichgestellt werden. Unser Anliegen ist, das interkulturelle Zusammenleben in Deutschland gleichberechtigt und zukunftsweisend zu gestalten. Unsere Arbeit wird immer wieder von Politik und Gesellschaft gewürdigt, zuletzt mit dem Integrationspreis 2013 der Hessischen Landesregierung.

Wir arbeiten als gemeinnütziger Verein mit Büros in Berlin, Bonn, Bremen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Leipzig und München. In 15 weiteren Städten stehen ehrenamtlich Engagierte als Ansprechpartner_innen zur Verfügung. Wir sind Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband, im Deutschen Frauenrat, in der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) und im Forum Menschenrechte. Wir engagieren uns im Forum gegen Rassismus und im Netz gegen Rassismus.

Auf europäischer Ebene arbeiten wir mit der Europäischen Koordination für das Recht der Migrant_innen auf Familienleben (CE) zusammen und sind in der ECB, der European Conference of Binational/Bicultural Relationship vertreten.

Wir möchten erreichen,

- dass die freie Partner_innenwahl als ein garantiertes Menschenrecht gelebt werden kann und rechtliche Regelungen die Partner_innenwahl und vielfältige Familienformen zulassen;
- dass eingewanderte Menschen mit gleichen Rechten und Chancen unsere Gesellschaft mitgestalten können;
- dass rechtliche Grundlagen ausgebaut werden, um struktureller Diskriminierung sowie den vielfältigen Formen von Rassismus zu begegnen;

- dass interkulturelle und mehrsprachige Ressourcen von Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen berücksichtigt und gefördert werden.

Vereinte Evangelische Mission (VEM)

Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal
Tel.: 0202 89004-168
Fax: 0202 89004-179
E-Mail: jpvc@vemission.org
Website: www.vemission.org
Ansprechpartner: Dr. Jochen Motte

Die Vereinte Evangelische Mission ist eine internationale Gemeinschaft von 35 protestantischen Kirchen in Asien, Afrika und Deutschland und besteht in dieser Form seit Juni 1996.

Der Sitz der Geschäftsstelle ist in Wuppertal. Neben sechs deutschen Landeskirchen sowie den v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel gehören der VEM Kirchen aus Kamerun, Ruanda, Botswana, Namibia, Tansania, der Demokratischen Republik Kongo, Sri Lanka, den Philippinen, Indonesien und China an. Besondere Schwerpunkte bilden dabei die Bereiche Diakonie, Frauenarbeit, Ausbildung, Entwicklungszusammenarbeit, Projektförderung und Menschenrechts- und Friedensarbeit.

VEM-geförderte Menschenrechtsprojekte auf den Philippinen und in der Demokratischen Republik Kongo:

In den Jahren 2005–2014 kam es in den Philippinen unter Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo zu einer wachsenden Zahl schwerer Menschenrechtsverletzungen. Zu den Opfern zählen auch Journalist_innen, Anwält_innen und kirchliche Mitarbeitende. Die VEM unterstützt Partner in den Philippinen bei der Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen, durch Rechtshilfe zur Aufklärung der Straftaten, durch Hilfe für die Opfer bzw. Hinterbliebenen sowie durch internationale Advocacy-Arbeit im Rahmen des Aktionsnetzwerks Menschenrechte – Philippinen.

Jahrzehnte der Diktatur und zwei Kriege haben die Demokratische Republik Kongo als weitgehend zerrüttetes Land hinterlassen. Im Osten des Landes sind vor allem Frauen und Kinder Opfer von Gewalt, Terror und Massenvergewaltigungen. Die VEM unterstützt

kirchliche Partner im Kongo beim Eintreten für Menschenrechte, der Beendigung von Straflosigkeit, Projekte zur Unterstützung von Opfern sexueller Gewalt und beteiligt sich im Rahmen des Ökumenischen Netzes Zentralafrika an Advocacy-Arbeit zur Region der Großen Seen.

Werkstatt Ökonomie e.V.

im Welt-Haus Heidelberg
 Willy-Brandt-Platz 5
 69115 Heidelberg
 Tel.: 06221 43336-11, mobil: 0176 78017758
 Fax: 06221 43336-29
 Website: www.woek.de
 Ansprechpartner: Uwe Kleinert (uwe.kleinert@woek.de)

Die Werkstatt Ökonomie wurde 1983 im Ökumenischen Netz Baden für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gegründet. Durch ihre Studienarbeit und ihre Aktionsberatung will sie einen Beitrag zur Durchsetzung der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte leisten.

Die Aktionsberatung für Gruppen und Organisationen – insbesondere, aber nicht nur aus dem kirchlichen Bereich – umfasst die Erstellung von Materialien für die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, die Planung und Durchführung von Kampagnen sowie Lobbyarbeit. Bei ihrer Studienarbeit legt die Werkstatt Ökonomie Wert auf einen möglichst unmittelbaren Handlungsbezug.

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte sind Klimagerechtigkeit und die Große Transformation, insbesondere als Herausforderung für kirchliches Handeln, Unternehmen und Menschenrechte, nachhaltige öffentliche Beschaffung und verantwortliche Geldanlagen.

Außerdem ist bei der Werkstatt Ökonomie seit 1996 die Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) angesiedelt, ein Kooperationsprojekt von 16 kirchlichen Gruppen und Organisationen zu ausgewählten Themen sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit im Kontext von Globalisierung und Klimawandel.

Gastmitglieder:

Deutsches Rotes Kreuz e.V. (DRK)

Carstennstraße 58

12205 Berlin

Tel.: 030 85404-0

Fax: 030 85404-450

E-Mail: DRK@DRK.de

Website: www.drk.de

Ansprechpartnerin: Dr. Stefanie Haumer
(Referentin Internationales Recht)

Leitsatz und rechtliche Sonderstellung

Das Deutsche Rote Kreuz ist Teil einer weltweiten Gemeinschaft von Menschen in der internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung, die Opfern von Konflikten und Katastrophen sowie anderen hilfsbedürftigen Menschen unterschiedslos Hilfe gewährt, allein nach dem Maß ihrer Not. Im Zeichen der Menschlichkeit setzt es sich für das Leben, die Gesundheit, das Wohlergehen, den Schutz, das friedliche Zusammenleben und die Würde aller Menschen ein.

Auf Grundlage der Genfer Abkommen und ihrer Zusatzprotokolle, der Statuten der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung sowie des DRK-Gesetzes hat das Deutsche Rote Kreuz eine Sonderstellung als freiwillige Hilfsgesellschaft der deutschen Behörden im humanitären Bereich. Damit verbunden ist unter anderem die Aufgabe der Verbreitung der Kenntnisse über das humanitäre Völkerrecht und die Grundsätze und Ideale der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung.

Tätigkeitsfelder

Das Deutsche Rote Kreuz hilft weltweit bei Konflikten und Katastrophen. Dazu werden technische Ausstattung, Hilfsgüter und Expertenteams vorgehalten, die im Netzwerk der internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung innerhalb kurzer Zeit einsatzfähig sind. Zudem ist das DRK in Deutschland auf Basis des ehrenamtlichen Dienstes ein wichtiger Träger des inländischen Katastrophenschutzes, der Wasser- und Bergrettung. Auch der Rettungsdienst und der Blutspendedienst gehören zu seinen Aufgabefeldern. Im

Rahmen der internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung betreibt das DRK zudem einen weltweit tätigen Suchdienst und unterstützt die Familienzusammenführung. Als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege vertritt das DRK die Interessen besonders hilfs- und schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Darüber hinaus bieten die rechtlich selbständigen Kreis- und Landesverbände des DRK ein breites Spektrum an Hilfs- und sozialen Dienstleistungen, z. B. Alten- und Krankenhilfe, Kinder-, Familien- und Jugendhilfe sowie Hilfen bei der Integration sozial Benachteiligter und Menschen mit Migrationshintergrund.

Publikationen

„Soforthilfe-Report“, „Rotkreuzmagazin für Fach- und Führungskräfte“, Jahrbuch sowie diverse Einzelpublikationen zu den o.g. Tätigkeitsbereichen des DRK.

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

Referat „Migration und Menschenrechte“ im Kirchenamt der EKD
 Herrenhäuser Straße 12
 30419 Hannover
 Tel.: 0511 2796-411/-407
 Fax: 0511 2796-99411
 E-Mail: menschenrechte@ekd.de
 Website: www.ekd.de/menschenrechte
 Ansprechpartner_innen: Oberkirchenrat Thorsten Leißer;
 Veronique Mußmann

Das Referat berät die Leitungsgremien der EKD in Menschenrechtsfragen und leistet Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Ziel ist dabei die Stärkung des Menschenrechtsbewusstseins vor allem in der kirchlichen Öffentlichkeit.

Hauptaktionsfelder sind die Themen Religionsfreiheit, Frieden und Menschenrechte, Rechte von Frauen und Kindern und der Einsatz gegen die Todesstrafe. Kontakte bestehen zu einzelnen Menschenrechtsorganisationen und dem Forum Menschenrechte in Deutschland, zu Partnerkirchen und zu internationalen ökumenischen Organisationen, wie dem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK).

Aktivitäten

- Beratung der Leitungsgremien der EKD in Menschenrechtsfragen;
- Unterstützung der Menschenrechtsarbeit in den 20 Gliedkirchen der EKD;
- Interventionen zum Schutz bedrohter Partnerkirchen, -organisationen und Personen in konkreten Einzelfällen.

Publikationen

- Pressemeldungen der EKD-Bischöfin für Ökumene und Auslandsarbeit und des Ratsvorsitzenden der EKD;
- Handreichungen zur Fürbitte für bedrängte und verfolgte Christ_innen;
- Gottesdienstentwürfe zum Tag der Menschenrechte.